Anlauf I: Die Revolutionen von 1848/49

Historischer Kontext

Ausgehend von Frankreich erfasste im Frühjahr 1848 eine Revolutionswelle das Gebiet des Deutschen Bundes. Diese Bewegung, die auf eine schon vorhandene revolutionäre Stimmung vor allem im deutschen Südwesten (Hambacher Fest 1832) traf, weitete sich sowohl geografisch als auch was die Forderungen betraf immer weiter aus. Getragen wurde sie vor allem von Vertretern des Bürgertums, aber auch andere Bevölkerungsgruppen verlangten die Berücksichtigung ihrer Interessen.

Ein gemeinsames Bindeglied der Petitionen war die Forderung nach Freiheit. Damit war die Forderung nach Freiheit von obrigkeitlicher Unterdrückung und Willkürherrschaft sowie die Anerkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte gemeint, die in einem Nationalstaat durch eine Verfassung abgesichert werden sollten. Auch wenn diese Ideen kurzfristig (noch) nicht durchgesetzt werden konnten, so blieben sie doch bestehen und wurden von nun an zur Richtschnur des Denkens gesellschaftlichen und politischen Handelns.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Literaturverzeichnis & Links

A. Literatur

Bleek, Wilhelm: Vormärz. Deutschlands Aufbruch in die Moderne 1815-1848. München ^{2}2020.

Bong, Jörg: „Die Flamme der Freiheit“. Die deutsche Revolution 1848/1849. Köln 2022.

Gregorovius, Ferdinand: Europa und die Revolution. Leitartikel 1848-1850. München 2017.

Steinmeier, Frank-Walter (Hg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918. München ^{2}2021.

B. Links

www.bundesarchiv.de (Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte)

www.paulskirche.de

C. Unterrichtsmaterialien

1848. Themenheft 61 (1998) der Zeitschrift Geschichte lernen.

1848/49. Themenheft der Zeitschrift Praxis Geschichte 2/1998.

1848/49. Europäisches Epochenjahr. Themenheft der Zeitschrift Praxis Geschichte 2/2013.

Brabänder, Michael: Deutsche Revolution 1848/49. Frankfurt/M. 2023 (Ralph Erbar (Hg.): Geschichtsunterricht praktisch).

D. Aktuelle Ausstellung

Auf die Barrikaden! Paulskirchenparlament und Revolution 1848/49 in Frankfurt. Ausstellung vom 13. September 2022 bis zum 18. September 2023 im Karmeliterkloster Frankfurt am Main. Mit einer Rallye zur Ausstellung für Schüler/innen.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Anlauf I: Die Revolutionen von 1848/49 – ein Überblick

22.-24.2.1848:	Volksaufstand in Paris; Sturz der französischen Monarchie
März 1848:	Revolutionäre „Märzforderungen“ und Einsetzung liberaler „Märzministerien“ in fast allen Territorien des Deutschen Bundes (inklusive Österreich und Preußen); Einführung von Presse- und Versammlungsfreiheit
31.3.-3.4.1848:	Tagung des Vorparlamentes in Frankfurt am Main ; Konflikt zwischen gemäßigten Liberalen und radikalen Demokraten
12.4.-20.4.1848:	Republikanischer Aufstand in Baden unter Friedrich Hecker, Niederlage gegen badische und hessische Truppen
18.5.1848:	Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main; Bildung von politischen Fraktionen („Casino“, „Württemberger Hof“ etc.)
29.06.1848:	Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt für den Deutschen Bund unter Leitung des Erzherzogs Johann von Österreich
Oktober/November 1848:	Neue Revolutionswelle in Österreich; Eroberung Wiens durch kaiserliche Truppen
9.11.1848:	Hinrichtung des Paulskirchen-Abgeordneten Robert Blum
November/Dezember 1848:	Staatsstreich in Preußen: Besetzung Berlins durch königliche Truppen, Auflösung der preußischen Nationalversammlung und Erlass einer Verfassung durch den König
27.12.1849:	Verabschiedung der Grundrechte des deutschen Volkes
27.3.1849:	Verabschiedung der Reichsverfassung
28.3.1849:	Wahl Friedrich Wilhelms IV. von Preußen zum deutschen Kaiser
14.4.1849:	Annahme der Reichsverfassung durch 28 Territorien
29.4.1849:	Offizielle Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König
4.5.1849:	Volkserhebungen in Sachsen, Baden und der Pfalz
Mai-Juli 1849:	Niederschlagung der Aufstände durch preußische Truppen
6.6.1849:	Eröffnung des „Rumpfparlaments“ in Stuttgart
18.6.1849:	Gewaltsame Auflösung des „Rumpfparlaments“
23.7.1849:	Kapitulation der Aufständischen in der Festung Rastatt; Ende der Reichsverfassungskampagne

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Ursachen für die Revolutionen 1848/49

1847 verbreitete der Seifensieder Adam Stoll aus Mudau im Odenwald folgendes Flugblatt:

Darum hat Gott den Hunger unter die Menschen geschickt, damit das Volk aufwache und sich einander liebe wie Brüder und auch wie Brüder miteinander und einer für den anderen streite; wir wollen auch nur sagen, weswegen die Revolution entstehen soll:

1. Der Adel muss vernichtet werden.

2. Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden.

3. Müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg.

4. Müssen alle Beamten gemordet werden.

Dann wird es wieder gut in Deutschland.

(Fundort: Lautenschlager, Friedrich: Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848. Nendeln 1976, S. 37)

In einem Brief an den demokratischen Wiener Frauenclub vom 5. September 1848 heißt es:

Geliebte Schwestern!

Ich reiche euch aus der Ferne die Hand zum Schwesternbunde und versichere euch meine Sympathie. „Emanzipation der Frauen“ sei die Perle, die wir vereint aus dem schwarzen Meere [des] männlichen Despotismus herauszuholen gedenken. […] Wir fordern gleiche Berechtigung in Ausübung der Künste und Gewerbe, wozu wir ebenso befähigt sind wie die Männer. Wir wollen Advokatinnen werden. Wir verspüren dazu das größte Talent; denn wir streiten sehr gern und haben immer das letzte, entscheidende Wort. […] Wir wollen Hörerinnen der Staatspolitik sein, aber nie Mitsprecherinnen, wenigstens nicht öffentlich. […] Wir wollen einen Verein bilden für gute, wohltätige Zwecke. […] Wir wollen Bildungsschulen für deutsche Hausfrauen. […] Wir wollen darauf bedacht sein, […] den verderblichen Putz aus unseren Kreisen zu bannen. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und namentlich in unseren Versammlungen ganz einfach erscheinen.

Ein deutsches Weib

(Fundort: Hummel-Haasis, Gerlinde (Hg.): Schwestern, zerreißt eure Ketten. München 1982, S. 150f.)

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Am 8. April 1848 stand in der Deutschen Arbeiter-Zeitung:

Was […] die Arbeiter wollen ist: Menschen sein – Menschen im wahren Sinne des Wortes, Menschen in geselliger und politischer Hinsicht, die arbeiten, aber auch genießen wollen. Schauet auf die Arbeiter und sehet, dass so viele von ihnen gedrückter und übler dran sind als die Negersklaven in den Kolonien. Arbeiten, schwer arbeiten, sechs Tage in der Woche, Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr, bis Körper und Seele verkümmert ist, und was dafür?

Dafür: Kaum Sattessen, kaum ordentliche Bekleidung, eine dürftige, ungesunde, elende Wohnung, keine ordentliche Erholung, wenig oder gar keine Mittel zur ordentlichen Kindererziehung – und wenn dann das Alter kommt, früher wie bei anderen Menschen durch Anstrengung, Sorge und Not herbeigeführt, oder wenn Siechtum oder sonst ein Unfall bei der Arbeit den Arbeiter zum Krüppel gemacht, - dann keine Zuflucht, keinen Ort, wo der Abgequälte sein Haupt ruhig hinlegen kann, - keine andere Lebensaussicht für Weib und Kind als – elende Armenunterstützung.

(Fundort: Bergmann, Jürgen: Wirtschaftskrise und Revolution. Stuttgart 1986, S. 74f.)

In Köln verbreitete ein Flugblatt am 3. März 1848 folgende Forderungen:

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staat.

2. Unbedingte Freiheit der Rede und der Presse.

3. Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern.

4. Freies Vereinigungsrecht.

5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Lebensbedürfnisse für alle.

6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

(Fundort: Hansen, J.; Boberach, H. (Hg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. Bonn 1967)

1. Fasse den Inhalt der Quellen zusammen.

2. Stelle die Forderungen in inhaltlichen Gruppen zusammen.

3. Beurteile, welche Forderungen eher umsetzbar waren und welche nicht.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Auch Frauen wollen dem Vaterland einen Dienst leisten

Kathinka Zitz-Halein (1810-1877) gründete im Mai 1849 zusammen mit anderen demokratischen Frauen den Mainzer Frauenverein „Humania". In ihrer Gründungsrede sagte sie:

Wir haben uns hier versammelt, um nach dem Beispiele unsrer Mannheimer Schwestern […] einen Unterstützungsverein zu gründen, der „Humania" heißen mag, und dessen Zweck der sein soll, Patrioten oder deren Familien, die für die gerechte Sache des deutschen Vaterlandes kämpfen oder von den Drängern verfolgt werden, nach Kräften mit kleinen Gaben zu unterstützen. Die Regeln des Vereins, die wir nachher verlesen werden, sind der Art, daß sich alle Stände, daß sich Arme und Reiche daran bettheiligen können. […]

Indem wir zusammentreten, muß es mit reinem aufrichtigen Herzen geschehen, alle Sonderbündelei, alle Parteisucht, aller Vorrang, Ehrgeiz, jede Nebenabsicht muß verbannt bleiben; wir müssen aufhören Frauenzimmer zu sein und gänzlich Bürgerinnen und Vaterlandsfreundinnen werden; wir dürfen nur den einen Zweck im Auge behalten, auf die Förderung unsers Zieles hinzuwirken und uns in echt weiblicher, menschlich-schöner Weise dem gemeinsamen Vaterlande nützlich zu machen. Darum soll unser Verein aber auch nicht nur ein Unterstützungsverein sein, sondern wir machen uns auch verbindlich, wenn es Noth thun sollte, unsere kranken und verwundeten Brüder zu pflegen, wir müssen gefaßt sein bei allen Gelegenheiten mit Aufopferung, mit Selbstverläugnung und Liebethätigkeit in das ernste Leben einzugreifen, kaufen wir uns im Jahre ein Kleid oder einen Hut weniger, und wir werden viel thun können, wir werden manchen Hunger zu stillen, manche Blöße zu decken, manche Thräne zu trocknen vermögen. […]

Bevor wir die Einzeichnung in die [Mitglieder]Liste beginnen, möchte ich […] der Versammlung noch einen weiteren Vorschlag thun, nämlich den: auch zur Anschaffung von Waffen beizutragen. Haben vielleicht auch Manche von uns kein und zu Gebote stehendes Geld um irgend ein Waffenstück anzukaufen, so haben wir doch alle Schmucksachen, die sich in Geld verwandeln lassen. Stellen wir diese dem demokratischen Verein zur Verfügung, mit dem Ersuchen, sie zu verwerthen, für den Betrag Waffenstücke anzukaufen und auf diese den Namen der Geberin graviren zu lassen. Eine solche Waffe wird für den Streiter, der sie empfängt, zur Ehrenwaffe werden, […] denn wer würde der Feige sein, der eine ihm von Frauenhand zum Schutze des Vaterlandes übergebene Waffe anders als mit seinem Leben fahren ließe! […] Wer nicht hinreichenden Schmuck zu opfern vermag, um zur Anschaffung einer Waffe auszureichen, der thue das seinige mit andern zusammen, und es werden dann die Namen der vereinten Geberinnen auf den Waffen prangen. Wir aber wollen uns später Schmuck aus den den Unterdrückern abgenommenen Geschützen gießen lassen, und dieser wird uns eine edlere Zierde sein als die Pracht der reichsten Diamanten. Das Wenige, was ich an Schmuck besitze, lege ich mit Ausnahme meines Traurings[1] und einer werthlosen, silbervergoldeten Brosche mit dem Portrait meiner verstorbenen Schwester hiermit auf dem Altar des Vaterlandes nieder. [1]

1. Fasse den Inhalt der Rede von Kathinka Zitz-Halein zusammen.

2. Zeige an der Rede die Möglichkeiten und Grenzen der Frauen während der Revolution von 1848/49 auf.

[1] Kathinka Zitz-Halein war mit dem Mainzer Juristen und Revolutionär Franz Zitz (1803-1877) verheiratet.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Auch Frauen wollen dem Vaterland einen Dienst leisten

Die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Amalie Struve (1824-1862) beteiligte sich 1848/49 am Badischen Aufstand. Sie stand auf den Barrikaden und kämpfte Seite an Seite mit den Revolutionären. Gleichzeitig warb sie um das Engagement von Frauen während der Revolution von 1848/49. In ihrem Tagebuch schrieb sie über ihre Teilnahme an der Revolution 1849 in Baden:

Seit langer Zeit hatte ich geahnt, daß ein neuer Sturm losbrechen werde. Mein Wunsch war, in diesem Falle erkennen, daß unter Frauen […] der größte Eifer und die wärmste Hingebung für die Sache lebte. Nicht bloß die jüngeren, auch die älteren Frauen, selbst Mütter und Großmütter ermutigten die ausziehenden die Gefahren meines Gatten teilen zu dürfen. […] Zudem glaubte ich, daß mein Beispiel ermutigend wirken und daß ich imstande sein möchte, dem Vaterlande einen Dienst zu leisten, wenn ich an dem Kampfe Anteil nähme. […] Niemals empfand ich so tief die unwürdige Stellung, in welcher sich bis zum heutigen Tage das weibliche Geschlecht gegenüber dem männlichen befindet. Warum sollte die Frau, welche die Fähigkeiten dazu besitzt, nicht arbeiten dürfen im Augenblicke der Entscheidung? Warum sollte die Gattin, welche die Gefahren des Gatten teilte, nicht auch teilnehmen an seinen Arbeiten? […] Namentlich konnte ich aus eigener Anschauung Freiheitskämpfer, […] fertigten Fahnen und selbst Patronen an […].

(Fundort: Struve, Amalie: Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen. In: Heftiges Feuer. Die Geschichte der badischen Revolution 1848, erzählt von Gustav und Amalie Struve. Freiburg 1998, S.19ff.)

1. Fasse die Überlegungen von Amalie Struve zusammen.

2. Erläutere die „unwürdige Stellung“ (Zeile 5) des weiblichen Geschlechts, die Amalie Struve beklagt.

3. Schreibe einen Brief an Amalie Struve aus der Sicht von Kathinka Zitz-Halein.

4. Recherchiere den weiteren Lebensweg der Amalie Struve.

5. Vergleiche die Biographie von Kathinka Zitz-Halein mit denen von Mathilde Franziska Anneke (1817-1884) und Emma Herwegh (1817-1904).

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Germania der Paulskirche

Dieses Gemälde des Malers Philipp Veit (1793-1877) hing im Sitzungssaal des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche. Durch seinen prominenten Platz über dem Rednerpult wollten die Abgeordneten ein Programm zum Ausdruck bringen.

1. Interpretiere das Gemälde.

2. Fasse die Gesamtaussage des Bildes in einem geschlossenen Text zusammen.

3. Das Original hängt heute im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg. Argumentiere, ob es auch im Deutschen Bundestag in Berlin hängen könnte.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Eine Regierung für ganz Deutschland

Die Nationalversammlung ging über ihre eigentliche Aufgabe, eine Verfassung für ganz Deutschland zu erarbeiten, hinaus. Am 28. Juni 1848 beschloss sie das folgende Gesetz.

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische [= vorläufige] Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.

2) Dieselbe hat

a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen;

b) die Oberleitung der gesamten bewaffneten Macht zu übernehmen, und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen;

c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. [...]

4) Über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt im Einverständnis mit der Nationalversammlung.

5) Die provisorische Zentralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird.

6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. [...]

13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.

14) Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit tunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen.

(Fundort: Brabänder, Michael: Deutsche Revolution 1848/49. Frankfurt/M. 2023, S. 8)

1. Fasse den Inhalt des Gesetzes mit eigenen Worten zusammen.

2. Vergleiche den Inhalt des Gesetzes mit den frühen Forderungen zu Beginn der Revolution (Seite 2-3).

3. Zeige auf, mit welchen Bestimmungen die Fürsten des Deutschen Bundes sich einverstanden erklären konnten und welche auf ihren Widerstand treffen mussten.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Grundrechte des deutschen Volkes

Nach langwierigen Debatten beschloss die Nationalversammlung den Grundrechtekatalog Ende Dezember 1848.

§ 133 Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen [...].

§ 137 Vor dem Gesetz gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. [...]

§ 138 Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. [...]

§ 140 Die Wohnung ist unverletzlich. [...]

§ 142 Das Briefgeheimnis ist gewährleistet. [...]

§ 143 Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

§ 144 Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§ 152 Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§ 158 Es steht einem jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

§ 159 Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. [...]

§ 161 Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer [...] Erlaubnis bedarf es [...] nicht.

§ 162 Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. [...]

§ 164 Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur aufgrund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. [...]

§ 175 Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. [...] Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden.

(Fundort: Brabänder, Michael: Deutsche Revolution 1848/49. Frankfurt/M. 2023, S. 14)

1. Fasse die Grundrechte mit eigenen Worten zusammen.

2. Vergleiche die Grundrechte mit den frühen Forderungen zu Beginn der Revolution (Seite 2-3).

3. Überprüfe, welche dieser Grundrechte Du an welcher Stelle im Grundrechtekatalog des Grundgesetzes wiederfindest.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1848 begann in Deutschland eine neue Zeit

Bundespräsident Roman Herzog (CDU) hielt am 18. Mai 1998 zur Veranstaltung „150 Jahre Revolution 1848/49“ in der Frankfurter Paulskirche folgende Rede (Auszug):

1848 begann in Deutschland eine neue Zeit. Auch wenn es danach schwere Rückschläge gab: Was hier begann, war auf die Dauer nicht mehr rückgängig zu machen. Das Jahr 1848 war nicht nur der bleibende Anfang der deutschen Demokratiegeschichte – es war auch eine entscheidende Wendemarke auf dem Weg zum modernen, demokratischen Europa. Denn anders als 1789 war 1848 das Jahr einer wirklichen europäischen Bewegung. An vielen Orten und in vielen Sprachen erscholl damals der Ruf nach Partizipation, nach Grundrechten, nach Freiheit. Es wehte der Wind eines Wandels, der die Völker Europas nicht nur veränderte, sondern auch auf neue Weise miteinander verband. […]

Natürlich: Die großen Ambitionen, mit denen man 1848 ans Werk ging, haben sich zunächst nicht erfüllt. Die Revolution ist letztlich gescheitert, die demokratische Gestalt eines einigen Deutschland hat noch lange auf ihre Verwirklichung warten müssen. […] Zugegeben: Die Freiheitsgeschichte unseres Volkes war oft eine Geschichte von Verlierern, von Versuchen, Irrtümern und auch Niederlagen. Und wir können uns unsere Vergangenheit nicht aussuchen. Aber wir können für unser eigenes Selbstbewußtsein, für die Identität unseres Gemeinwesens sehr wohl auswählen, auf welche Traditionen wir uns berufen und an welche wir anknüpfen wollen. 1848 ist dafür der Schlüssel: Damals sind die Prinzipien formuliert worden, die noch heute die Grundlagen unserer staatlichen Existenz ausmachen: das Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie und der gemeinsame Wille, die verschiedenen Regionen und Strömungen in unserem Land zu einem freien Gemeinwesen zu vereinigen. […] Heute […] geht es letzten Endes um die Frage, was uns als Bewohner dieses Kontinents verbindet und was die EU als Schicksals- und Solidaritätsgemeinschaft begründet. Die gemeinsame Tradition der Freiheitsbewegungen, die seit 1848 die europäischen Staaten verband, war und ist auch heute das geistige Fundament des vereinten Europa.

Die Paulskirchen-Verfassung war nicht nur eines der fortschrittlichsten Verfassungsdokumente ihrer Zeit. Sie wurde auch zur Urahnin aller nachfolgenden deutschen Verfassungen. Ganz bewußt knüpfte der Parlamentarische Rat […] an den Grundrechtekatalog der Paulskirche an und übernahm vieles daraus, sogar wörtlich. Das allgemeine Wahlrecht, wie eingeschränkt es in einzelnen deutschen Ländern auch gehandhabt wurde, beschleunigte den Durchbruch des demokratischen Prinzips, hinter das auf lange Sicht kein absolutistisches Denken mehr zurückfallen konnte. […]

(Fundort: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1998/05; letzter Aufruf 07.02.2023)

1. Fassen Sie die historische Bewertung von Roman Herzog zusammen.

2. Erläutern Sie konkrete Verlierer, Versuche, Irrtümer und Niederlagen in der deutschen Freiheitsgeschichte, auf die der Bundespräsident hier anspielt (Zeile 11).

3. Erklären Sie, wofür das Jahr 1848 der „Schlüssel“ (Zeile 14) sein soll.

4. Überprüfen Sie die Aussage, die Paulskirchen-Verfassung sei die „Urahnin aller nachfolgenden deutschen Verfassungen“ (Zeile 22) gewesen.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1848 – die halbe Revolution?

Zum 150. Jahrestag der Revolutionen von 1848/49 brachte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" folgende Titelseite:

1. Interpretieren Sie die Titelseite.

2. Erläutern Sie, welcher Zusammenhang hier mit den drei Männern im Hintergrund hergestellt wird.

3. Beantworten Sie abschließend die Frage: Beginn des deutschen Desasters?

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Eine wechselvolle deutsche Demokratiegeschichte

Am 18. März 2013 hielt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in Mainz folgende Rede (Auszug):

Der 18. März steht für eine wechselvolle deutsche Demokratiegeschichte. Ein würdiges und zugleich angemessen differenziertes Gedenken an die deutschen Revolutions- und Freiheitstraditionen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte nötig, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. […]

Das nationale Gedächtnis lässt sich in einer pluralistischen Gesellschaft weder amtlich formulieren noch durch Behörden regeln. Der Staat kann aber Zeichen setzen. Die demonstrative Benennung eines Platzes oder einer Straße ist nicht mehr und nicht weniger als ein Denkmal, ein Anstoß dafür, sich mit den eigenen historischen Wurzeln zu befassen. Zukünftig wird es in Deutschland zwei Plätze geben, die an den 18. März erinnern: Neben dem neuen Platz der Mainzer Republik hier vor dem Landtag verweist in Berlin bereits seit einigen Jahren der Platz vor dem Brandenburger Tor, in Sichtweite des Reichstagsgebäudes gelegen, in seinem Namen auf den 18. März der Jahre 1848 und 1990. Das ist mindestens ein schöner Anfang, um das bedeutende Datum in unserer Geschichte populärer zu machen.

(Fundort: Die Zeit Nr. 13/2013, S. 21)

1. Erläutern Sie die inhaltliche Verbindung zwischen dem 18. März 1793 (Ausrufung der Mainzer Republik), 1848 und 1990 her, die Norbert Lammert zieht.

2. Norbert Lammert versucht, den 18. März als nationalen Gedenktag gegen den 3. Oktober zu etablieren. Suchen Sie dazu Pro- und Kontra-Argumente und organisieren Sie eine Podiumsdiskussion.

3. Suchen Sie nach Namen von Straßen und Plätzen in Ihrem Wohn und/oder Schulort, die an die Entwicklung der Demokratie in Deutschland erinnern sollen, und klären Sie deren Bedeutung.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 in Briefmarken

Briefmarken sind ein Medium staatlicher Propaganda und der Geschichtsdeutung. Der Historiker Wolfgang Mommsen schrieb dazu:

Die Revolution von 1848 wurde […] als eine wichtige Etappe auf dem wechselvollen Weg der deutschen Nation gewürdigt, der schließlich zur Gründung der Bundesrepublik geführt hat. Dabei kam es zu einer Art indirekten Konkurrenzkampfes zwischen West und Ost. Die SED suchte mit großem propagandistischen Aufwand die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 zur Legitimierung ihres Regimes zu mobilisieren, freilich wiederum unter Akzentuierung der Barrikadenkämpfe des 18. März 1848, an denen vornehmlich die Arbeiterschaft Anteil gehabt hatte, während die Paulskirche als eine bürgerliche Veranstaltung eine vergleichsweise distanzierte Einschätzung erfuhr. Demgemäß setzte die SED die herkömmlichen Massenprozessionen der deutschen Sozialdemokratie am 18. März zu den Gräbern der „Märzgefallenen" im Friedrichshain unverändert fort.

(Fundort: Mommsen, Wolfgang: Die Paulskirche. In: Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. München 2005, S. 194)

Bereits 1953 gab die DDR diese Briefmarke heraus.:

1. Interpretieren Sie die Briefmarke aus dem Jahre 1953.

2. Bringen Sie das gewählte Motiv mit dem Bedürfnis der SED, die DDR als Staat zu legitimieren, in Zusammenhang.

3. Erläutern Sie, warum die BRD zu diesem Zeitpunkt der Revolution (noch) nicht mit einer Briefmarke gedachte.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 in Briefmarken

Der Historiker Wolfgang Mommsen schrieb weiter:

Durch diese Politik [der DDR] wurde der Westen dazu herausgefordert, sich seinerseits mit der Revolution von 1848 zu identifizieren und in zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen an das politische Erbe der Paulskirche als des ersten frei gewählten deutschen Parlaments zu erinnern.

(Fundort: Mommsen, Wolfgang: Die Paulskirche. In: Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. München 2005, S. 194)

Im Jahre 1998 folgte dieser Briefmarkenblock der BRD:

1. Vergleichen Sie die Briefmarken der DDR und der BRD miteinander.

2. Erläutern Sie, welcher Traditionszusammenhang zwischen den Jahren 1848, 1948 und 1998 herzustellen versucht wird.

3. Entwerfen Sie das Motiv für eine Jubiläumsbriefmarke im Jahre 2023.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Frankfurter Paulskirche – ein deutscher Erinnerungsort

Jedes Bundesland darf die Rückseite der Zwei-Euro-Münze mit einem Motiv selbst gestalten, das es für besonders wichtig hält. Hessen wählte dafür die Frankfurter Paulskirche.

Zur Bedeutung der Frankfurter Paulskirche als Erinnerungsort schrieb der Historiker Wolfgang Mommsen:

Seit 1948 wurde die Paulskirche nun endlich zu dem was sie lange nicht mehr hatte sein sollen, nämlich einem Symbol des demokratischen Deutschland. Sie wurde zum Tagungsort zahlreicher Veranstaltungen von nationaler Bedeutung. Dort findet seit 1948 jährlich die Verleihung des Goethepreises statt. […] Bedeutsamer noch ist, daß der 1950 gestiftete Friedenspreis des Deutschen Buchhandels seitdem alljährlich in der Paulskirche verliehen wird. Die Paulskirche als Symbol der demokratischen Vergangenheit der Deutschen dient hier absichtsvoll als Hintergrund der Würdigung des Werks zahlreicher bedeutender Autoren des In- und Auslandes.

(Fundort: Mommsen., Wolfgang: Die Paulskirche. In: Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. München 2005, S. 194-195)

1. Schreiben Sie einen Text mit der Begründung, warum die Wahl in Hessen für die Frankfurter Paulskirche fiel.

2. Entscheiden Sie sich begründet für einen historischen Ort, den Sie für Ihr Bundesland auf einer Münze abgebildet sehen wollen.

3. Beurteilen Sie die Möglichkeiten und Grenzen solcher Münz-Abbildungen für die Identitätsbildung eines Staatswesens. Ziehen Sie dazu das Zitat von Norbert Lammert hinzu: „Das nationale Gedächtnis lässt sich in einer pluralistischen Gesellschaft weder amtlich formulieren noch durch Behörden regeln. Der Staat kann aber Zeichen setzen."

4. Stellen Sie fest, wer der aktuelle Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels ist und ob sich eine Verbindung zur Revolution von 1848/49 herstellen lässt.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Anlauf II: Die Revolution von 1918/18

Historischer Kontext

Die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg läutete das Ende der Monarchien und der Adelsherrschaft im Deutschen Reich ein. Doch da die Monarchen an vielen Orten nicht von sich aus bereit waren, ihre Throne zu verlassen, mussten sie mit Hilfe von Revolutionen zum Rückzug gebracht werden – nicht ohne vorher den Revolutionären aus unterschiedlichen Gruppierungen noch die Schuld für die Niederlage im Weltkrieg zuzuschieben.

Die Nationalversammlung konnte bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung auf die Ideen und Ausarbeitungen des Paulskirchenparlaments zurückgreifen. Was sich 1849 noch nicht hatte durchsetzen lassen und 1871 von Bismarck verhindert worden war, wurde jetzt Realität: Deutschland wurde zum ersten Male eine Republik, ein liberaler Verfassungsstaat mit Grundrechten. Äußeres Kennzeichen sind die Farben Schwarz – Rot – Gold.

Literatur:

Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistungen und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Stuttgart 2008

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München ^{7}2009

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1998

Unterrichtsmaterialien:

Zahnhausen, Vera; Woelk, Wolfgang; Müller, Gisela (Hgg.): Die Weimarer Republik. Revolution, parlamentarische Demokratie und erste Bewährungsproben. Deutsches Reich 1918-1920. Schwalbach/Ts. 2021

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Friedrich Ebert: Wir haben den Krieg verloren

Zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 hielt Friedrich Ebert (1871-1925), SPD-Vorsitzender und Mitglied der Revolutionsregierung, folgende Rede (Auszug):

Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Mal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. [Bravo!]

In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zustimmung links. – Lebhafter Widerspruch rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. […]

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Sehr wahr!, links – Lebhafter Widerspruch rechts.)

Meine Damen und Herren, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Zurufe.) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr richtig!, links.)

Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. (Sehr wahr!, links.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Widerspruch rechts.) […]

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Herrschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes: (Sehr wahr!, bei den Sozialdemokraten.) Alle Scheuern, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. […]

(Fundort: Michalka, Wolfgang; Niedhart, Gottfried (Hgg.): Deutsche Geschichte 1918-1933. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt 1992, S. 49-52)

1. Fasse die Rede von Ebert vollständig zusammen.

2. Erkläre, warum die Aussage, der verlorene Krieg sei keine Folge der Revolution, lebhaften Widerspruch von rechts erfährt.

3. Entwirf eine Gegenrede zu Ebert aus der Sicht eines konservativen Abgeordneten.

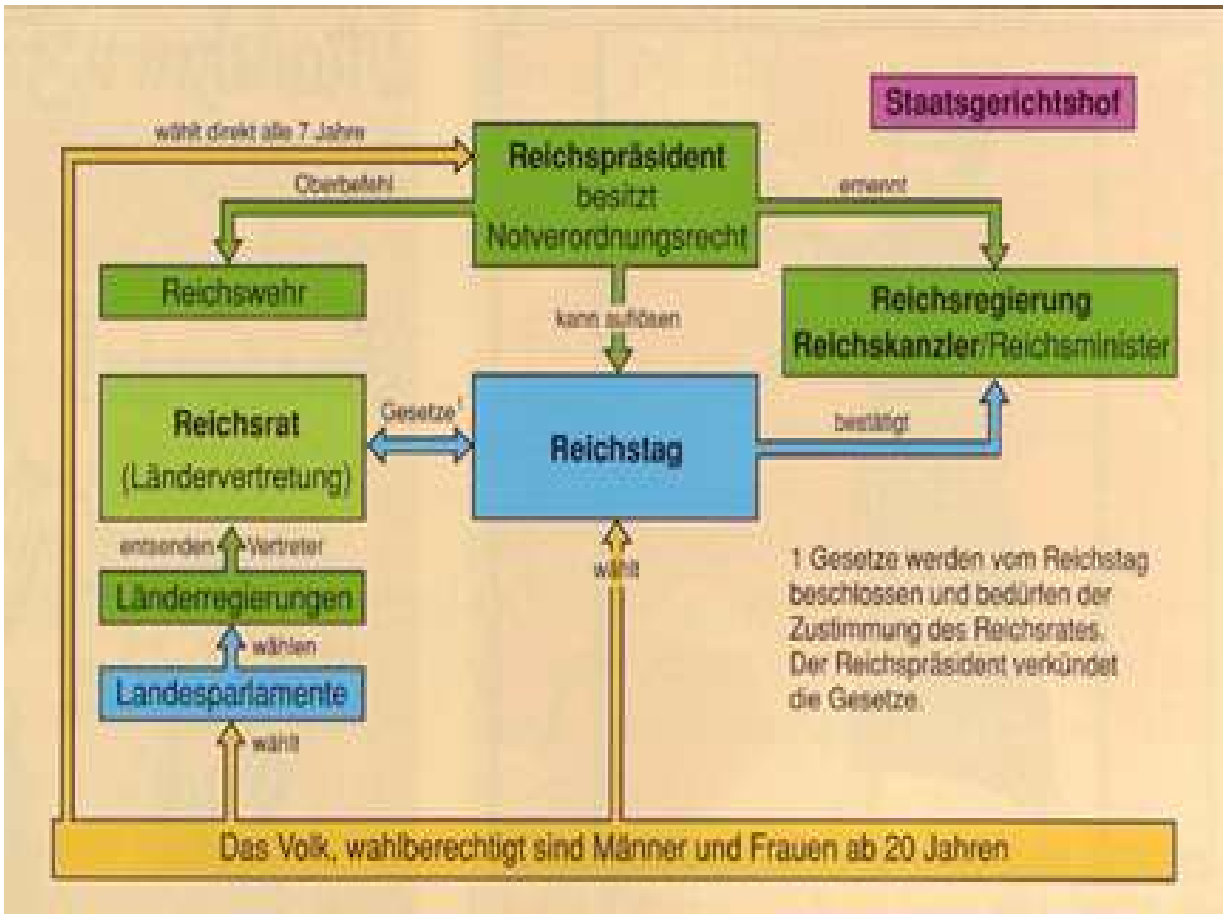
4. Vergleiche die Aufgaben der Nationalversammlung von 1848/49 mit der von 1919.

5. Vergleiche die Verfassungen von 1849 und 1919 im Hinblick auf die Rechte der Frauen.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Weimarer Verfassung (1919)

Die von der Nationalversammlung ausgearbeitete und im August 1919 in Kraft getretene Weimarer Verfassung lässt sich im Schaubild so darstellen:



(Fundort: Entdecken und Verstehen 3. Geschichtsbuch für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Vom Zeitalter des Absolutismus bis zur Weimarer Republik, Berlin 2003, S. 221)

1. Fasse die Kompetenzen der einzelnen Verfassungsorgane in einem Fließtext zusammen.

2. Erläutere, warum der Reichspräsident als „Ersatzkaiser“ bezeichnet werden konnte.

3. Recherchiere das „Notverordnungsrecht“ des Reichspräsidenten, welchem Zweck es ursprünglich dienen sollte und wie es ausgenutzt werden konnte.

4. Vergleiche die Verfassung von 1919 mit denen von 1871 und 1849.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Der französische Historiker Jacques Bainville über den Versailler Vertrag, 1920

Der zweite Anlauf zur Freiheit wurde erheblich beeinträchtigt durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, den die deutschen Vertreter am 28. Juni 1919 unterzeichnen mussten. Der französische Historiker Bainville schrieb dazu:

„Der Friede ist zu milde für das, was er an Härten enthält." Diese Kennzeichnung haben wir dem Friedensvertrag gegeben, sobald er bekannt geworden ist. Man wird sehen, daß diese Kennzeichnung richtig ist und daß die Erfahrung sie bestätigt. Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat, aus dem alle anderen Kräfte hervorgehen. Die Urheber des Vertrages meinten Deutschland die Mittel zu entziehen, mit denen es wie 1914 Schaden anstiften konnte. Sie ließen ihm aber das wichtigste dieser Mittel; das, das ihm gestattet, die anderen wiederherzustellen, den Staat, den Einheitsstaat, der über die Hilfsquellen und Kräfte von 60 Millionen Menschenwesen verfügt und der zum Werkzeug ihrer Leidenschaften werden wird. […]

Und was die Leidenschaften angeht, Nationalleidenschaften, menschliche Leidenschaften, natürliche und physische Antriebe des deutschen Volkes, so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um sie aufs äußerste zu reizen. […] *Welche Bürgschaften, welche Vorsichtsmaßregeln hätte diese ungeheuerliche Schuld erfordert! Mindestens die eine, daß man diese Millionen von Geschöpfen nicht an dieselbe Kettenkugel angeschmiedet hätte, mit einer einzigen Regierung, morgen vielleicht mit einem einzigen Führer an der Spitze, der sie lehren wird, ihre Kette zu brechen.* […] *Man kann sagen, daß der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert.*

(Fundort: Erbar, Ralph (Hg.): Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919-1963. Darmstadt 2003, S. 18-20. Hervorhebungen im Original)

1. Fasse den Inhalt des Textes von Bainville vollständig zusammen.

2. Gliedere die Regelungen des Versailler Vertrages in Bezug auf das Deutsche Reich in territoriale, militärische und finanzielle Bestimmungen.

3. Nimm Stellung zum Inhalt des Artikels 231.

4. Erläutere den Satz: „Der Friede ist zu milde für das, was er an Härten enthält".

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Karikatur „Sie tragen die Buchstaben der Firma …“

Die satirische Zeitschrift Simplicissimus veröffentlichte 1927 diese Karikatur:

Bildunterschrift: Sie tragen die Buchstaben der Firma – aber wer trägt den Geist?

1. Interpretiere die Karikatur.

2. Identifiziere möglichst viele der gesellschaftlichen Gruppen, die hier durch Stellvertreter repräsentiert werden, und formuliere deren Unzufriedenheit mit der Weimarer Republik.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die Weimarer Verfassung – eine Geschichte der Verletzungen

Der Schriftsteller Carl von Ossietzky (1889-1938) schrieb aus Anlass des Verfassungsjubiläums 1929:

Wenn die Feiern einen Sinn haben sollen, so kann er nur der sein, in Erinnerung zu rufen, dass die Konstitution von Weimar besser ist als ihre Hüter, die sie dilettantisch handhaben und, wenn es ihnen so passt, in kühner Schwenkung umgehen. […] Die Geschichte der neuen Verfassung ist nicht eine Geschichte ihrer Erfüllung, sondern ihrer Verletzungen. Man hält das für staatsmännisch, für realpolitisch oder sonstwas. Deutschland fehlt noch immer jener Respekt vor dem Verfassungsbuchstaben, der alle gut funktionierenden Demokratien auszeichnet. Kein englisches oder französisches Kabinett könnte sich einen Tag halten, das so weitherzig mit den konstitutionellen Garantien umgeht, wie es unsere verschiedenen Regierungen getan haben. […] Dadurch ist ein Zustand von Unsicherheit geschaffen worden, der den Glauben an die Möglichkeiten der Republik lähmt, um die Bezirke der Politik die Zone einer kühlen, etwas verächtlichen Skepsis legt und vor allen Dingen den heute Zwanzigjährigen das triste Bild eines Systems zeigt, das nicht klappen will. Das ist viel schlimmer als die akute Bedrohung, die es gar nicht mehr gibt. Dafür ist die Zukunft eine einzige Drohung geworden, und sowenig sich eine ins Einzelne gehende Prognose stellen lässt, so gewiss fühlt man überall hinter dem selbstgefälligen Kulissenkult dieses Parlamentarismus eine kommende Wirklichkeit voller dunkler und erschütternder Abenteuer. Der Deutsche ist noch immer so bar aller Staatsgefühle wie in der kaiserlichen Zeit. Nur ist der Staat noch viel unbeliebter als damals, denn er ist dem Einzelnen als Polizist oder als Steuereintreiber viel nähergerückt.

(Fundort: Sösemann, Bernd: Demokratie im Widerstreit. Die Weimarer Republik im Urteil ihrer Zeitgenossen. Stuttgart 1980, S. 42-44; bearb.)

1. Fasse den Text von Ossietzky vollständig zusammen.

2. Erkläre, was Ossietzky mit den „Verletzungen“ der Verfassung meinen könnte.

3. Vergleiche den Text von Ossietzky mit der Karikatur aus dem Simplicissimus.

4. Recherchiere den weiteren Lebenslauf von Ossietzky nach 1929.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Anlauf III 1948/49: Die doppelte Staatsgründung

Aus dem Skript des ZDF:

Gründung der Zweiten Republik: „Heute, am 23. Mai, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes", so lauteten die ersten Worte der Ansprache Konrad Adenauers zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Nur vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches wurde nach zähem Ringen das Bonner Grundgesetz unterzeichnet. Die wenigen „Mütter" des Verfassungswerkes sorgten dafür, dass darin der wegweisende Grundsatz stand „Frauen und Männer sind gleichberechtigt". Die Staatsgeburt war indes von Skepsis begleitet. Würde Bonn die gleiche Entwicklung wie Weimar nehmen? Als das Grundgesetz verkündet wurde, war von einem Provisorium die Rede, denn das Land blieb geteilt, die Wiedervereinigung als Staatsziel lag in unabsehbar weiter Ferne. Damals litten in Deutschland und Europa immer noch Millionen Menschen unter den Folgen des Krieges und der Verbrechen, die von Deutschen verübt worden waren. Noch immer ragten Trümmer aus vielen Städten, die Wirtschaft kam erst allmählich in Gang. Doch dann nahm das Provisorium Formen an, der Aufstieg aus den Ruinen des Weltkriegs zum so genannten „Wirtschaftswunderland" erfolgte in einem rasanten Tempo. Mit zunehmendem Wohlstand wuchs in Westdeutschland auch die Stabilität der Demokratie und ihre Akzeptanz.

Historischer Kontext:

Die Gründung eines neuen Staates - im Westen bestehend aus immerhin drei Besatzungszonen, im Osten aus der sogenannten SBZ (Sowjetisch besetzten Zone) – war noch kurz davor undenkbar erschienen. Zu tief waren die Wunden des II. Weltkriegs, zu tief die Überzeugung der Alliierten, dass es nie wieder eine deutsche Staatsgründung geben dürfe. Die Potsdamer Konferenz von 1945 hatte in diesem Sinn entschieden, Deutschland gebietsmäßig zu verkleinern und auch das Restgebiet zu zerschlagen bzw. in „Besatzungszonen" zu teilen. Doch der Kalte Krieg hatte sich 1946-1948 dermaßen intensiviert, dass diese Überzeugungen hinfällig wurden und einer berechnenden Machtpolitik von Sowjetunion und Westmächten wichen. Unter dieser neuen Überschrift „durften" die Deutschen in West und Ost ihre Staatsgründung vorantreiben. Während im Westen dabei eine demokratische Legitimation (über die Landtagswahlen und die hieraus entstehenden Gremien) sichtbar war, hatte die SBZ nach dem Misserfolg der Kommunisten bzw. der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) mit nur 19 % bei der Großberliner Wahl im Oktober 1946 beschlossen, Wahlen mit konkurrierenden Parteien nicht mehr zuzulassen.

Die Entwicklung in Ostdeutschland:

Die bereits 1945 von Moskau eingeflogene kommunistische „Gruppe Ulbricht" sorgte fortan im Auftrag der Sowjetunion für die Schritte zur Staatsgründung, die stets und sorgsam nur als Reaktion auf die Schritte des Westens dargestellt wurden. Die von der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) streng kontrollierte Parteienlandschaft sorgte dabei für eine scheinbare Pluralität, da sogenannte „Blockparteien" wie CDU und FDP auf dem Papier zugelassen

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

wurden – aber nur im Rahmen der Gleichschaltung mit der allgegenwärtigen SED. Die „Listenwahl“ bei ostdeutschen Wahlen wurde dadurch zur Pseudowahl, Ergebnisse von an die 99% Ja-Stimmen waren die Norm. Die am 7.10.1949 neu gegründete DDR war somit von Anfang an nicht demokratisch, sondern totalitär ausgelegt.

Aufgabe der Blockparteien war es dabei in erster Linie, auch systemferne Gesellschaftsschichten zu erreichen: Indem Christen, national gesinnten Kreisen oder Landwirten eigene politische Nischen angeboten wurden hoffte man, eine Unterstützung für das System zu erreichen. Die Blockparteien wurden zu bloßen "*Instrumenten der Hegemonialpartei SED*" [Weber 2004, S.186].

Die Entwicklung in Westdeutschland:

Im Westen wurde die Demokratisierung mit einem pluralistischen Parteienspektrum ernsthaft betrieben. Die Zusammenführung der Westzonen vollzog sich über die von USA, England und bald auch Frankreich betriebene Bildung von Bi- und Trizone 1946-1949, die westdeutsche und aus den alten Weimarer Parteien heraus neu formierte Parteienlandschaft mit den großen Parteien CDU/CSU und SPD hatte größere Freiheiten als im Osten und war sich im verfassunggebenden „Parlamentarischen Rat“ dann mit großer Mehrheit einig darin, ein demokratisches Gebilde zu schaffen, welches für die deutsche Einheit wirken müsse und den Wert persönlicher Freiheit und „Würde“ (vgl. Artikel 1 des Grundgesetzes) schützen müsse.

Die konkreten staatsbildenden Schritte verliefen wie folgt:

Zeit	Westdeutschland	Ostdeutschland
1947	Der aus Westdeutschen bestehende Frankfurter „**Wirtschaftsrat**“ wird führend bei der Mitgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in der sogenannten „Bizone“. Alle westdeutschen **Landtagswahlen** 1946 ff. ergeben Erfolge für demokratisch gesonnene Kräfte (z.B. CDU/CSU, SPD, FDP), die KPD bleibt in der Minderheit.	Einrichtung einer ostdeutschen „**Wirtschaftskommission**“, die Planwirtschafts- und Verstaatlichungspolitik läuft an. Dezember: SED beruft den von Kommunisten dominierten deutschen „**Volkskongress**“ ein, den westdeutsche Parteien (außer der KPD) ablehnen und nicht besuchen.
1948	20. Juni: **Währungsreform** in den Westzonen, Einführung der deutschen „Mark“.	März: 2. „Volkskongress“ der SED beschließt Bildung eines gesamtdeutschen „Volksrates“. 23./24. Juni: Währungsreform in der Ostzone, Beginn der „**Berlin-**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

	Juli: „**Frankfurter Dokumente**“ der Alliierten erlauben den Westdeutschen die Gründung eines eigenen Staates. September: „**Parlamentarischer Rat“** (mit Vertretern aus den Länderparlamenten) beginnt seine Arbeit an der Verfassung.	**Blockade**“ durch sowjetische Truppen.
1949	23. Mai: Verkündung des **Grundgesetzes** der Bundesrepublik Deutschland (im Parl. Rat stimmten nur KPD und Abgeordnete Bayerns dagegen). August: Wahl zum 1. Deutschen **Bundestag**, Wahlsieger wird mit 31 % die Union von CDU/CSU (SPD erhielt 29%), erster Bundeskanzler wird mit Hilfe von Stimmen der Koalitionspartner Konrad Adenauer (CDU). Bundespräsident wird Theodor Heuss (FDP).	15./16. Mai: Einheitslistenwahl (Ja oder Nein steht zur Auswahl) zur Bildung des 3. Volkskongresses führt zu einem Ja mit Zweidrittelmehrheit (welches allerdings vermutlich manipulativ entstand, s. Suckut 2000 S.73). Eine SED-Delegation sondiert in Moskau den gewünschten Weg zur Staatsbildung, am 7.10.1949 erfolgt dann die offizielle **Gründung der Deutschen Demokratischen Republik** (DDR). Der Volkskongress erklärt sich zur „**Volkskammer**“. Wilhelm Pieck wurde Staatspräsident, Otto Grotewohl Ministerpräsident. Die „graue Eminenz“ und eigentliche Führungskraft blieb allerdings bis 1971 Walter Ulbricht als SED -Parteichef.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

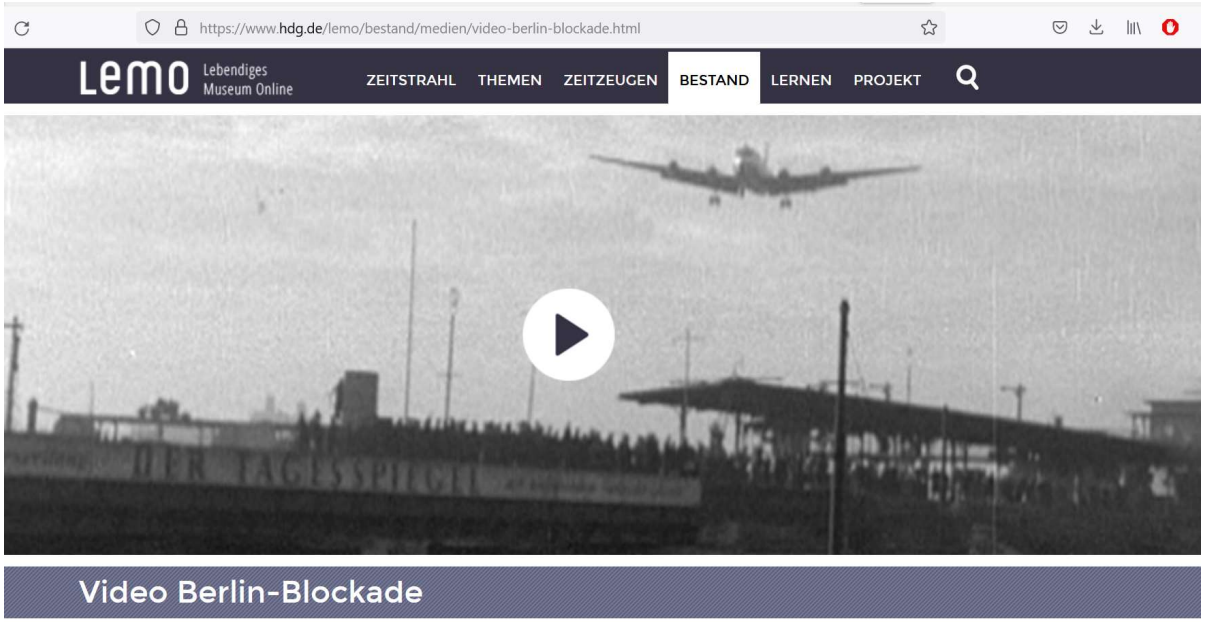
Literatur & Links:

https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/index.html (4.1.2023), Portal mit vielen Materialien zur deutsch-deutschen Geschichte 1945 – 2020
https://www.dhm.de/lemo/ (4.1.2023) Sehr breitaufgestelltes Geschichtsportal, mit Zeitleisten und Orientierungsmaterial
https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39040/vom-deutschen-volkskongress-zur-ddr/ (4.1.2023) Umfangreiches Portal der Bundeszentrale für politische Bildung.

Benz, Wolfgang (Hg.): Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen, München 1979
Benz, Wolfgang u. Michael Scholz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-49, Stuttgart 2009
Lamprecht, Niko: Extremismus, Frankfurt a. M. 2022
Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 2004 4. Auflage
Richter, Hedwig: Die DDR, Paderborn 2009
Suckut, Siegfried: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952. Bonn 2000
Weber, Hermann: Geschichte der DDR, Arena-Verlag 2004 (Neuauflage, Erstauflage Berlin 1985)
Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hgg.): Das doppelte Deutschland, Berlin 2008

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1 Kampf für die Freiheit: Berlinblockade 1948/49



Unter **https://www.hdg.de/lemo/bestand/medien/video-berlin-blockade.html** *ist ein Video mit weiteren Informationen zu der im Film erwähnten Blockade aufrufbar.*

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

2 Rede von Ernst Reuter

Der für den Westteil Berlins (das Ergebnis der Großberliner Wahl hatte die Sowjetunion nicht akzeptiert) separat gewählte Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) hielt während der Zeit der Berlinblockade am 9.9.1948 die folgende Rede:

"Lipschitz[2] hat das Wort geprägt, das in uns allen einen lebendigen Widerhall gefunden hat; er hat gesagt: "Wir kommen wieder!" Wir kommen wieder in den Ostsektor Berlins, wir kommen auch wieder in die Ostzone Deutschlands!
Heute ist der Tag, an dem nicht Diplomaten und Generale reden und verhandeln. Heute ist der Tag, wo das Volk von Berlin seine Stimme erhebt. Dieses Volk von Berlin ruft heute die ganze Welt. Denn wir wissen, worum es heute geht bei den Verhandlungen im Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße, die jetzt zum Stillstand gekommen sind, bei den Verhandlungen später in Moskau in den steinernen Palästen des Kreml. Bei all diesen Verhandlungen wird über unser Schicksal hier gewürfelt. Als vor Wochen diese Verhandlungen anfingen, da war der Appetit des russischen Bären größer als nur [auf] Berlin. Er wollte, daß verhandelt werden sollte auch über ganz Deutschland, und mit der lügenhaften Parole, man müsse die Spaltung Deutschlands verhindern, verschleierte er nur für andere, nicht für uns, seinen Appetit auf den anderen Teil Deutschlands, den er auch noch in seine Hände bekommen will.
… Wir möchten der SED nur einen Rat geben: Wenn sie ein neues Symbol braucht, bitte, nicht den Druck der Hände, sondern die Handschellen, die sie den Berlinern anlegten. Die Handschellen, die sind in Wirklichkeit das Symbol dieser erbärmlichen Kümmerlinge, die für dreißig Silberlinge sich selbst und ihr Volk an eine fremde Macht verkaufen wollen.
Wenn heute dieses Volk von Berlin zu Hunderttausenden hier aufsteht, dann wissen wir, die ganze Welt sieht dieses Berlin. …
Wer diese Stadt, wer dieses Volk von Berlin preisgeben würde, der würde eine Welt preisgeben, noch mehr, er würde sich selber preisgeben, und er würde nicht nur dieses Volk von Berlin preisgeben in den Westsektoren und im Ostsektor Berlins. Nein, wir wissen auch, wenn sie nur könnten, heute stünde das Volk von Leipzig, von Halle, von Chemnitz, von Dresden, von all den Städten der Ostzone, so wie wir auf ihren Plätzen und würde unserer Stimme lauschen.
Und ich weiß es zutiefst, ich denke an meine alte Stadt Magdeburg, die mich zum Reichstagsabgeordneten wählte und deren Oberbürgermeister ich war, ehe Hitler uns in die Konzentrationslager steckte. Dieses Volk würde genau so wie damals zu Zehntausenden zu unseren Fahnen, zu den Fahnen der Freiheit eilen und sich mit uns und den Völkern der Welt zu einem großen, unzerstörbaren Bunde vereinigen.
Wenn wir darum heute in dieser Stunde die Welt rufen, so tun wir es, weil wir wissen, daß die Kraft unseres Volkes der Boden ist, auf dem wir groß geworden sind und größer und stärker werden, bis die Macht der Finsternis zerbrochen und zerschlagen sein wird. […] Wenn dieser Tag zu uns kommen wird, der Tag des Sieges, der Tag der Freiheit, an dem die Welt erkennen wird, daß dieses deutsche Volk neu geworden, neu gewandelt und neu gewachsen, ein freies, mündiges, stolzes, seines Wertes und seiner Kraft bewußtes Volk geworden ist, das im Bunde gleicher und freier Völker das Recht hat,

[2] Joachim Lipschitz (SPD), späterer Senator unter SPD-Bürgermeistern Berlins.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

sein Wort mitzusprechen, dann werden unsere Züge wieder fahren nicht nur nach Helmstedt, sie werden fahren nach München, nach Frankfurt, Dresden, Leipzig, sie werden fahren nach Breslau und nach Stettin. …
Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam so lange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist.
Das Volk von Berlin hat gesprochen. Wir haben unsere Pflicht getan, und wir werden unsere Pflicht weiter tun. Völker der Welt! Tut auch ihr eure Pflicht und helft uns in der Zeit, die vor uns steht, nicht nur mit dem Dröhnen eurer Flugzeuge, nicht nur mit den Transportmöglichkeiten, die ihr hierherschafft, sondern mit dem standhaften und unzerstörbaren Einstehen für die gemeinsamen Ideale, die allein unsere Zukunft und die auch allein eure Zukunft sichern können. Völker der Welt, schaut auf Berlin! Und Volk von Berlin, sei dessen gewiß, diesen Kampf, den wollen, diesen Kampf, den werden wir gewinnen!"

https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/artikel.453082.php

1. ***Informiert Euch zunächst über die Berlinblockade! Bei „Fünf Anläufe", dem Videomaterial 1 sowie bei https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/berlin-blockade-1948.html gibt es einen Überblick und auch Fotos/Videomaterial.***
2. ***Erläutert mit eigenen Worten, welche Rolle Reuter der Bevölkerung von Westberlin zuweist.***

Sek. II:

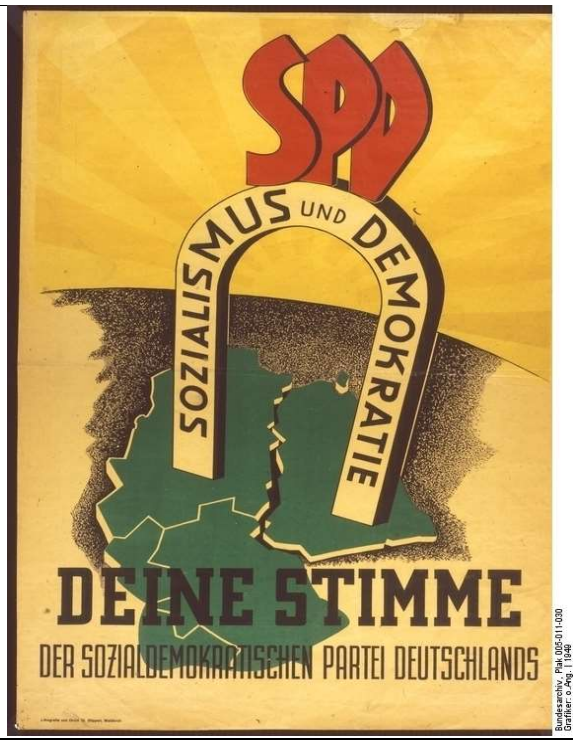
1. ***Fassen Sie die Quelle mit eigenen Worten zusammen.***
2. ***Informieren Sie sich über den Verlauf und das Ende der Blockade und erläutern Sie nachfolgend die Bedeutung der Rede von Ernst Reuter.***
3. *„Wir möchten der SED nur einen Rat geben: Wenn sie ein neues Symbol braucht, bitte, nicht den Druck der Hände, sondern die Handschellen, die sie den Berlinern anlegten."* **Überprüfen Sie den Hintergrund des Reuter-Zitats bzw. des „Händedruck-Symbols" und diskutieren Sie, inwiefern die Rede insgesamt durch das Motiv der Freiheit geprägt wird.**

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

3 Wahlplakate von SPD und CDU in Westdeutschland 1949

Die Bundestagswahl 1949 stand in Westdeutschland für eine Richtungsentscheidung zwischen den beiden großen Kräften der Sozialdemokratie sowie der neu formierten konservativen Kraft einer Union aus Christdemokratie (CDU) und nur in Bayern vertretenen Christlich-Sozialen (CSU). Weitere Parteien (wie z.B. die liberale FDP oder die kommunistische KPD) spielten deutlich kleinere Rollen.

Die Mittel des Wahlkampfs waren begrenzt auf Freiluft- und Saalveranstaltungen der jeweiligen Kandidaten (und einzelner Kandidatinnen), auf Flugblätter und Plakate, die Presse sowie den Mund-zu-Mund-Wahlkampf. Das Fernsehen spielte noch keine Rolle, heute übliche multimediale Kampagnen oder gar Internetaktivitäten waren natürlich nicht denkbar.

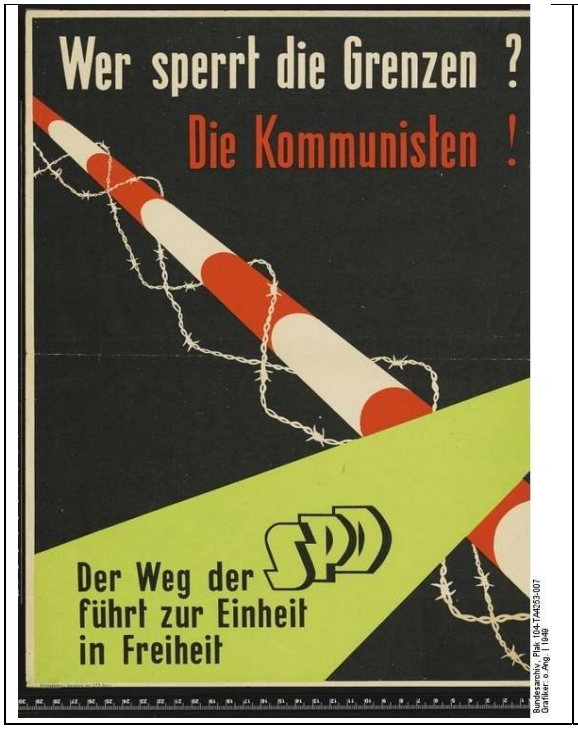
<table>
<tr>
<td>
</td>
<td> 
</td>
</tr>
<tr>
<td>https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/sekundarstufe-II/dnach1945/wahlplakate</td>
<td>https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/sekundarstufe-II/dnach1945/wahlplakate/teilung.html</td>
</tr>
</table>

1. **Beschreibt Aufmachung und Aussage beider Plakate.**
2. **Arbeitet im Vergleich heraus, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen SPD und CDU bestanden.**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

4 Die gespaltene Linke: Wahlplakate von SPD und KPD 1949

Die Sozialdemokraten und Kommunisten hatten sich in der Weimarer Republik meist erbittert bekämpft und waren 1933 unter Hitler verboten worden. Nach 1945 hoffte man nach der gemeinsamen Verfolgungszeit daher zunächst auf ein gemeinsames Auftreten der Linken, was sich aber als Illusion erwies. Die Sowjetunion forderte für Ostdeutschland eine Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED, was die westdeutsche SPD strikt ablehnte – und größere Teile der Ost-SPD auch. Die unter großem Druck im April 1946 in Ostberlin erfolgte Gründung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) machte somit Sozialdemokraten und Kommunisten im Westen zu erbitterten Gegnern – und im Osten zu Zwangspartnern.



https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/sekundarstufe-II/dnach1945/wahlplakate/genossen.html

1. **Klärt für das Plakat der Kommunisten (KPD), welche Kräfte mit den drei dargestellten Personen symbolisiert worden sind.**
2. **Beschreibt und vergleicht nachfolgend Gestaltung und Aussage beider Plakate.**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

5 Manifest des Deutschen Volksrats 7.10.1949

Am 7. Oktober 1949 veröffentlicht vom Deutschen Volksrat in Ost-Berlin (DDR):

Mit dem Ruf zur Schaffung der nationalen Front des demokratischen Deutschland nimmt seit dem 3. Deutschen Volkskongreß der Kampf der patriotischen Kräfte des deutschen Volkes gegen die Spaltung Deutschlands und die koloniale Versklavung der Westzonen immer mehr den Charakter einer breiten Volksbewegung an.
Der nationale Notstand, in den das deutsche Volk durch den Bruch des Potsdamer Abkommens seitens der imperialistischen Westmächte gestürzt wurde, rüttelt alle Deutschen auf zum Kampf um das hohe Ziel: Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen demokratischen Deutschland mit dem Ziel des baldigen Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzuges aller Besatzungstruppen mit kurzer Frist. Seit 4 1/2 Jahren schweigen die Waffen. Die Hoffnungen des deutschen Volkes auf die Erhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit, auf eine demokratische, antimilitaristische Neugestaltung Deutschlands und auf den Abschluß eines Friedensvertrages, die ihm im Potsdamer Abkommen feierlich zugesagt worden waren, wurden enttäuscht. … Mit der Schaffung des Bonner Separatstaates wurde die Spaltung Deutschlands abgeschlossen. Die Scheinregierung in Bonn hat nur auszuführen, was die Hohen Kommissare der Westmächte auf Grund des Besatzungsstatutes diktieren. Die rechtswidrigen Demontagen mit dem Ziel der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz werden weiterhin rücksichtslos durchgeführt. Bei der Abwertung der Westmark und der Neufestsetzung der Kohlenpreise zeigte sich von neuem die Brutalität der imperialistischen Besatzungspolitik. …
Die Bonner Separatregierung[3] hat die Aufgabe, Westdeutschland in den Kriegsblock des Atlantikpaktes einzugliedern und die Jugend des Separatstaates als Landknechtsgruppen für den amerikanischen Imperialismus zu stellen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird in Westdeutschland offen die Restaurierung des deutschen Faschismus und Militarismus betrieben und der Revanchegedanke großgezüchtet, wovon die ersten Verhandlungen des Bonner Parlaments ein warnendes Beispiel gaben. So bedroht die Spaltungs- und Kolonisierungspolitik der imperialistischen Mächte den Frieden, so bedroht sie zugleich die deutsche Nation in ihrer Existenz und macht die Bildung einer allgemeinen Abwehrfront aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes zur dringenden Notwendigkeit der Stunde.

Aus Herbert Michaelis (Hrsg.): Ursachen und Folgen, Bd. 26, (Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler) Berlin o. J., S. 532f.

1. **Informieren Sie sich zum „Volksrat“ und benennen Sie die Kernaussagen der Quelle.**
2. **Überprüfen Sie anhand von Beispielen die ideologische Prägung und die historische Belegbarkeit der Quellenaussagen.**

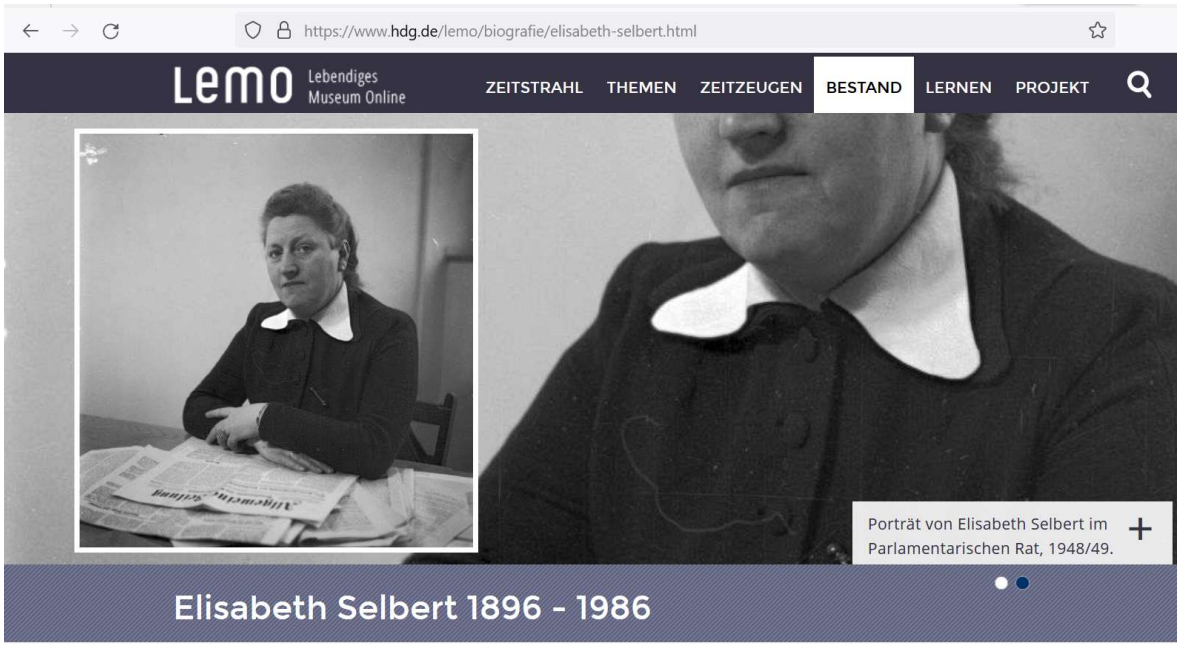
[3] Gemeint ist die Bundesregierung in Bonn.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

6 Freiheit und Gleichberechtigung für Frauen?

Die NS-Zeit hatte das zu Weimarer Zeiten fortschrittlicher werdende Rollenbild von Frauen wieder auf die Mütterrolle reduzieren wollen, auch nach 1945 waren in Westdeutschland Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stark von Männern dominiert. Im Parlamentarischen Rat des Westens saßen z.B. nur vier Frauen (Gesamtzahl: 65 Abgeordnete)! Spätere westdeutsche Parlamente und Regierungen erhöhten den Frauenanteil nur sehr schleppend. Eine erste Bundeskanzlerin (Angela Merkel, CDU) gab es erst 2005.
Die DDR postulierte die Gleichberechtigung deutlicher, förderte auch aus ökonomischen Gründen die Berufsausübung von Frauen und deren Entlastung durch frühkindliche Betreuungseinrichtungen. Im als Machtzentrum geltenden „Politbüro" des ZK der SED saßen allerdings von 1950 bis 1989 ausschließlich Männer – hier fand die Gleichberechtigung von Mann und Frau somit nie statt. Und die wohl einflussreichste Frau der DDR, Margot Honecker, bezog ihre besondere Machtposition aus der Ehe mit dem 1971-1989 regierenden Staats- und Parteichef Erich Honecker.

Eine Frau „mischt" den Parlamentarischen Rat auf: Elisabeth Selbert (SPD).



https://www.hdg.de/lemo/biografie/elisabeth-selbert.html 5.1.2023

1. **Informiere Dich über Elisabeth Selbert, ihren Lebensweg und ihre Rolle bei der Entstehung des Grundgesetzes.**
2. **Diskutiere ausgehend von Deiner Recherche und den Aussagen zu Elisabeth Selbert im Film „Fünf Anläufe", ob sie mit dem heutigen Stand der Gleichberechtigungsfrage zufrieden wäre.**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Einen Überblick zur Frauenfrage in Ost- und Westdeutschland gibt es bei MrWissen2go über **https://www.youtube.com/watch?v=v1ZSpq5kbRI&ab_channel=MrWissen2goGeschichte** oder auch beim Portal **www.euregeschichte.de** , dort zur Zeit nach 1990 bei **https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/nachwendegeschichte/Frauen-am-Arbeitsmarkt-in-neuen-Bundeslaendern-DDR-BRD-Wende-schulprojekt-eure-geschichte-jung-100.html**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Anlauf IV: 17. Juni 1953

Aus dem Skript des ZDF:

Der 17. Juni 1953 ist der Tag, an dem Ostberliner Bauarbeiter in den Streik traten und gegen die erhöhten Arbeitsnormen des SED-Regimes protestierten. Binnen weniger Tage erwächst daraus ein Volksaufstand in der gesamten DDR, heute gilt er als veritabler „Versuch einer deutschen Revolution". Der Aufstand wird mit sowjetischen Panzern niedergewalzt, es folgen „Säuberungen" und Verfolgungen. Der Riss zwischen Bürger und Staat vertieft sich, Tausende fliehen über die innerdeutsche Grenze. Doch die Erinnerung bleibt wach, die Protagonisten der friedlichen Revolution von 1989 ziehen Schlüsse daraus: „Keine Gewalt", lautet die Parole, die Staatsmacht soll zu Reformen bewegt werden, durch Massenproteste, aber nicht durch einen gewaltsamen Aufstand.

Historischer Kontext:

Der Aufstand des 17. Juni 1953 zeigte den Vorabbankrott der noch jungen DDR – und andererseits die festgefrorenen Verhältnisse im „Kalten Krieg": Stalin war im März 1953 gestorben, aber das "Tauwetter" unter Chruschtschow war noch nicht eingetreten. Die Welt stand beim 1950-1953 tobenden Koreakrieg am Rande eines Atomkrieges, und die USA samt Partnern waren nicht bereit, für die Demonstranten in Ostdeutschland einen Krieg in Europa zu riskieren.

Die DDR hatte aufgrund starker Kriegsschäden und (im Vergleich zur westlichen Anschubhilfe für die Westdeutschen) geringe sowjetische Unterstützung eine schwierige Startphase. Die Aufbauarbeit erfolgte – auch aufgrund der grundsätzlichen Mängel planungswirtschaftlicher Systeme – schleppend, politische Unterdrückung und Beschränkungen der Meinungsfreiheit nahmen auf der Gegenseite zu.

Letzteres wurde von Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Versorgungslage begleitet. Die Planwirtschaft und einseitige Begünstigung der Schwer- und Rüstungsindustrie verursachte Mängel bei der Lebensmittel- und Konsumgüterversorgung, was der Bevölkerung nicht verborgen blieb und durch Propaganda kaum überdeckt werden konnte. Die Flüchtlingswelle stieg 1952/53 dementsprechend an, alarmierende Berichte zur Gesamtlage führten sogar zu einer Mahnung aus Moskau. Im Juni 1953 wurde der DDR-Führung bedeutet, sie solle allzu drastische Maßnahmen zurücknehmen. Dies führte zu der SED-Erklärung vom "Neuen Kurs" (9. Juni 1953) – wobei die zehnprozentige Normenerhöhung für die Arbeitswelt allerdings nicht zurückgenommen wurde. Dies wiederum führte zu den von der Ostberliner Stalinallee (einem DDR-Musterbauprojekt) ausgehenden Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, die im Aufstand des 17. Juni 1953 endeten.

Der Westen beobachtete diese Volksbewegung angesichts der Weltlage und Atomkriegsgefahr mit großer Sorge. Die auf die Demonstrationen eingehende RIAS-Rundfunkansprache des DGB-

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Vorsitzenden Scharnowski vom 17. Juni war trotz vorsichtiger Wortwahl bereits ein „rotes Tuch“ für den Osten – und wurde von der SED als Beweis für eine westliche Agitation benutzt.

Die Sowjetunion duldete in ihrem Machtbereich jedenfalls keine Unruhen und griff angesichts der Überforderung der DDR-Behörden mit ihren Truppen gewaltsam ein, Tote und eine Verhaftungswelle waren die Folge. Der verkündete Ausnahmezustand zeigte den DDR-Bürgern die wahren Machtverhältnisse – und nach dem Rückzug der sowjetischen Panzer blieb der DDR-Führung hinfort die schwierige Aufgabe, den entstandenen Schaden zu heilen.

Dies geschah einerseits mit dem künftigen Verzicht auf ruckartige Zumutungen gegenüber der Bevölkerung, andererseits mit einem immer dichteren Netz von Kontrolle und Manipulation. *"Die Machtmechanismen wurden subtiler"* (Mählert 2004, S.78), eine offene Konfrontation mit der arbeitenden Bevölkerung wurde fortan gemieden. In gewisser Weise stabilisierte dieser Kurs – verbunden mit dem Mauerbau 1961 – die weitere Existenz der DDR. Gleichzeitig bedeutete 1953 den Endpunkt aller Hoffnungen auf eine „fortschrittlich-offene“ sozialistische Gesellschaft in Ostdeutschland.

Literatur & Links:

https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/index.html (4.1.2023), Portal mit vielen Materialien zur deutsch-deutschen Geschichte 1945 – 2020

https://www.dhm.de/lemo/ (4.1.2023) Sehr breitaufgestelltes Geschichtsportal, mit Zeitleisten und Orientierungsmaterial

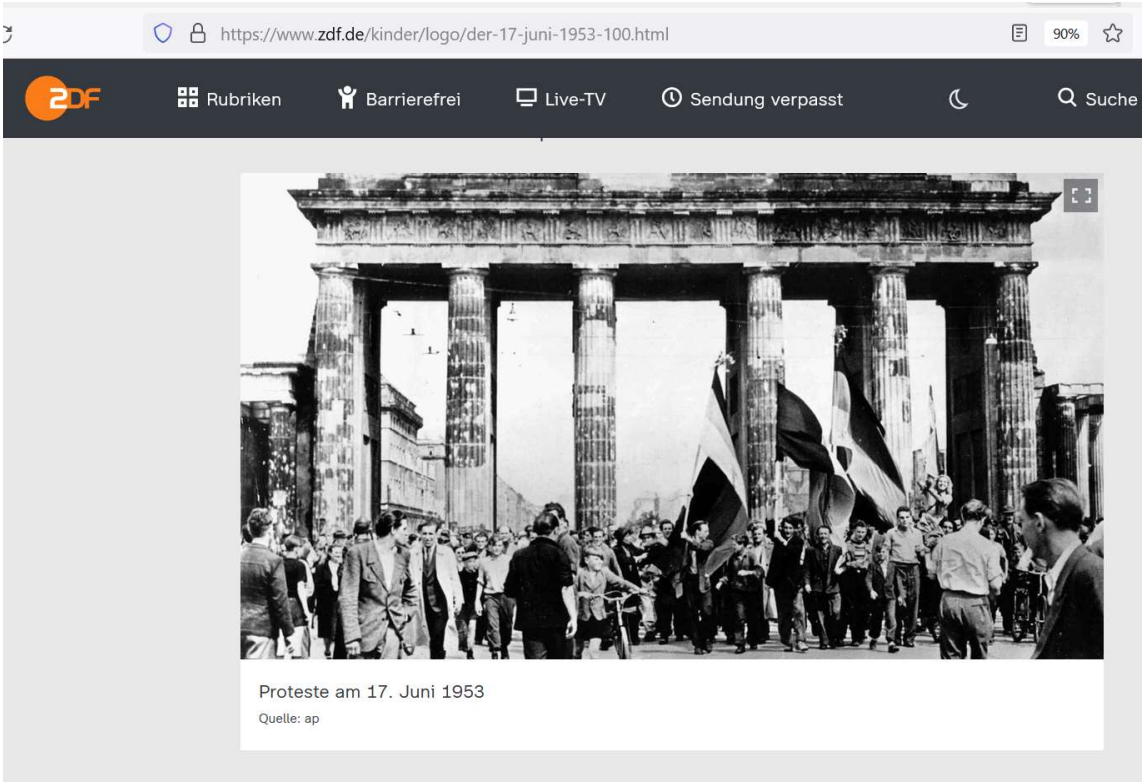
https://www.bpb.de (4.1.2023) Umfangreiches Portal der Bundeszentrale für politische Bildung.

https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start (4.1.2023) mit vielfältigen Informationen zur Stasi etc.

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 2004 4. Auflage
Richter, Hedwig: Die DDR, Paderborn 2009
Siegfried Suckut: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952. Bonn 2000
Weber, Hermann: Geschichte der DDR, Arena-Verlag 2004 (Neuauflage, Erstauflage Berlin 1985)
Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland, Berlin 2008

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1 Foto und Presseberichte zum 17.6.1953



Demonstranten am Brandenburger Tor, Berlin

https://www.zdf.de/kinder/logo/der-17-juni-1953-100.html 5.1.2023

Zwei Presseberichte zu den Ereignissen:

***Westdeutschland**: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) berichtete am 18. Juni 1953 unter der Überschrift "Ausnahmezustand über Ost-Berlin verhängt" über den "Volksaufstand" in der DDR:*

Am Mittwoch ist es in Ost-Berlin erneut zu Massendemonstrationen gegen die Regierung der sowjetischen Zone gekommen. […] Die Forderungen der Demonstranten lauteten: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Senkung der Preise um fünfzig Prozent, Abschaffung der Arbeitsnorm, Freilassung der politischen Gefangenen. […] Die Demonstranten richteten auf ihrem Zuge Zerstörungen an, plünderten in einigen Fällen Geschäfte und legten Brände an. Um 13 Uhr wurde auf Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors der Ausnahmezustand über den Sowjetsektor verhängt, die Betriebe besetzt und hohe Strafen über die Demonstranten angedroht. Ungefähr vierzig schwere Panzerwagen fuhren am Leipziger Platz, am Brandenburger Tor und an anderen wichtigen Punkten des Sowjetsektors auf. Auch motorisierte Kolonnen der Roten Armee

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

mit Maschinenpistolen, Stahlhelmen sowie Panzerspähwagen beteiligten sich an der militärischen Besetzung.

Nach Erklärung des Ausnahmezustandes wurde von Sowjets und Volkspolizei aus Maschinengewehren und Karabinern am Leipziger Platz das Feuer auf die Menschenansammlungen eröffnet. An anderer Stelle wurde in die Luft geschossen, auch mit der Panzerkanone. Allein am Potsdamer Platz gab es drei Tote und fünfzehn Schwerverletzte, darunter eine Frau. […] Die genaue Zahl der Toten und Verletzten war noch nicht festzustellen. Die Generalstreikparole, die bei der Demonstration der dreitausend Arbeiter gegen die SED und die Normerhöhung am Dienstag ausgegeben worden war, hatten fast alle Großbetriebe in Ost-Berlin befolgt, so daß die Arbeit beinahe überall ruhte. […]

In einer Regierungserklärung über den Rundfunk wurde die Bevölkerung um 17 Uhr aufgefordert, die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen. […] Die Erklärung war von Ministerpräsident Grotewohl unterzeichnet. Politische Kreise Berlins weisen darauf hin, daß nunmehr die Sowjets gezwungen sind, eine Entscheidung über das Verbleiben der Regierung in ihrer jetzigen personellen Zusammensetzung und die von ihr betriebene Politik zu fällen. Aus der Art dieser Entscheidung […] werde endgültig geklärt werden, was die Sowjets in Deutschland beabsichtigten, ob sie ehrlich eine gesamtdeutsche Lösung wünschten, indem sie die Regierung zum Rücktritt veranlaßten und freie Wahlen ausschreiben oder ob sie eine solche Lösung ablehnten, indem sie die Einheitspartei und ihre führenden Mitglieder stützen.

Auszüge zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 138, 18.06.1953, S. 1.

***Ostdeutschland**: Aus der Ostberliner Tageszeitung "Neues Deutschland" am 18. Juni 1953 unter der Überschrift "Zusammenbruch des Abenteuers ausländischer Agenten in Berlin":*

Während die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anstrengungen darauf richtet, durch wichtige Maßnahmen die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern, wobei sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zuwendet, haben käufliche Elemente, und zwar Agenten ausländischer Staaten und ihre Helfershelfer aus den Kreisen der deutschen Monopolherren, die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen versucht. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitsniederlegungen, zu denen es gestern in einer Reihe von Betrieben kam, ebenso wie die provokatorischen Ausschreitungen einzelner Gruppen faschistischer Agenten in den Straßen des demokratischen Sektors von Berlin, nach einem einheitlichen, in Westberlin hergestellten, für einen geeigneten Moment vorgesehenen Plan durchgeführt wurden. Die Exzesse endeten mit dem Zusammenbruch des angezettelten Abenteuers, da sie auf den Widerstand größerer Teile der Bevölkerung und der Machtorgane stießen.

In den Betrieben wird die normale Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Straßen wird die Ordnung aufrechterhalten. […] Gescheitert sind die schändlichen Versuche der ausländischen Agenten, die wichtigen auf die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung gerichteten Maßnahmen der

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Regierung zu stören. […] Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird entscheidende Maßnahmen ergreifen, um die an den Ausschreitungen Schuldigen strenger Bestrafung zuzuführen. Die Provokateure können nicht auf Milde rechnen.

Auszüge zitiert nach: Neues Deutschland Nr. 140, 18.06.1953, S. 1.

Entnommen aus: *https://www.geschichte-abitur.de/quellenmaterial/quellen-teilung-brd-ddr/zeitungsberichte-ueber-den-17-juni-1953 4.1.2023 5.1.2023*

1. ***Klären Sie vorab unklare Begriffe aus beiden Zeitungstexten sowie die politische Ausrichtung von FAZ und „Neues Deutschland“ (ND).***
2. ***Benennen und vergleichen Sie die wesentlichen Aussagen beider Texte.***
3. ***Zeigen Sie für den ND-Artikel auf, an welchen Stellen Tatsachenverdrehungen und ideologische Aussagen hervortreten.***

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

2 Ein Zeitzeugenbericht zum 17. Juni

Heinz Kliem war bei der Berliner Stalin-Allee[4] tätig, er berichtete 1993:

Die allgemeine Versorgungslage war miserabel. Da hat sich natürlich etwas aufgestaut. Der Bauarbeiter war mit der Situation […] unzufrieden. Aus diesem Grunde wurden dann auch am 15. Juni 1953, abends, so um zirka 15/16 Uhr, die Leute auf unserer Baustelle zusammengetrommelt. […] Wir sind dann [am 16. Juni] mit unserer Berufskleidung die Straße langgegangen. […] Zumindest in dem Bereich Stalinallee waren überall auf den Gerüsten und Neubauten Kollegen am Arbeiten. Als wir vorbeizogen, haben wir gerufen: "Kollegen, wir streiken, reiht euch ein. Wir fordern Senkung der Normen und Erhöhung der Löhne." Die meisten kamen von den Gerüsten und von den Baustellen herunter.[…]. Das sammelte sich so an und ehe wir uns versahen, waren es einige tausend Demonstranten. […] In den Nachrichten hat der RIAS[5] abends schon gesagt, dass die Bauarbeiter im Block E-Nord und Fernheizwerk die Arbeit niedergelegt hätten. Das war aber nur eine ganz kurze Meldung. Der RIAS hat das an dem Tag nicht ausgeschlachtet und das hat mich eigentlich gewundert. Hinterher habe ich gewusst, dass eigentlich die ganze DDR in Aufruhr war. Ich habe das von Bekannten vom Stahlwerk Riese erfahren. Die hatten allerdings überwiegend am 17. Juni gestreikt und nicht am 15. und 16. Juni wie die Bauarbeiter. Sie nahmen wahrscheinlich diese kleinen Meldungen zum Anlass, um zu streiken. […] Im Bereich der Ministerien […] waren nicht nur Bauarbeiter, sondern sehr viele, und ich nehmen an, auch aus den Westsektoren. Das konnte man schon sehen. Damals typisch, dicke Kreppschuhe und ein Igelschnitt. Das waren die, die aus dem Westen kamen. Es gibt immer Leute, die suchen eine Gelegenheit. Die Mehrzahl derer aber, die dort marschiert sind, waren die, die auf die miserable Situation hinweisen wollten. Die wollten vielleicht auch, was der 16. Juni schon gezeigt hat, die Regierung zu stürzen. Sie forderten: "Wir wollen jetzt Demokratie und freie Wahlen". […] Dann kamen … die ersten russischen Lkws mit Soldaten. Die Soldaten sind heruntergesprungen und haben mit Gewehren in die Luft geschossen. […] Alle versuchten jetzt in die Seitenstraßen zu entkommen. Dann kamen auch die Panzer. […] Der Kommandant verhängte den Ausnahmezustand. Wenn mehr als drei Leute auf der Straße zusammenstanden, sollten sie erschossen werden.

Zitiert nach: G. Beier, Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/Main u. Wien 1993, S. 64 ff.

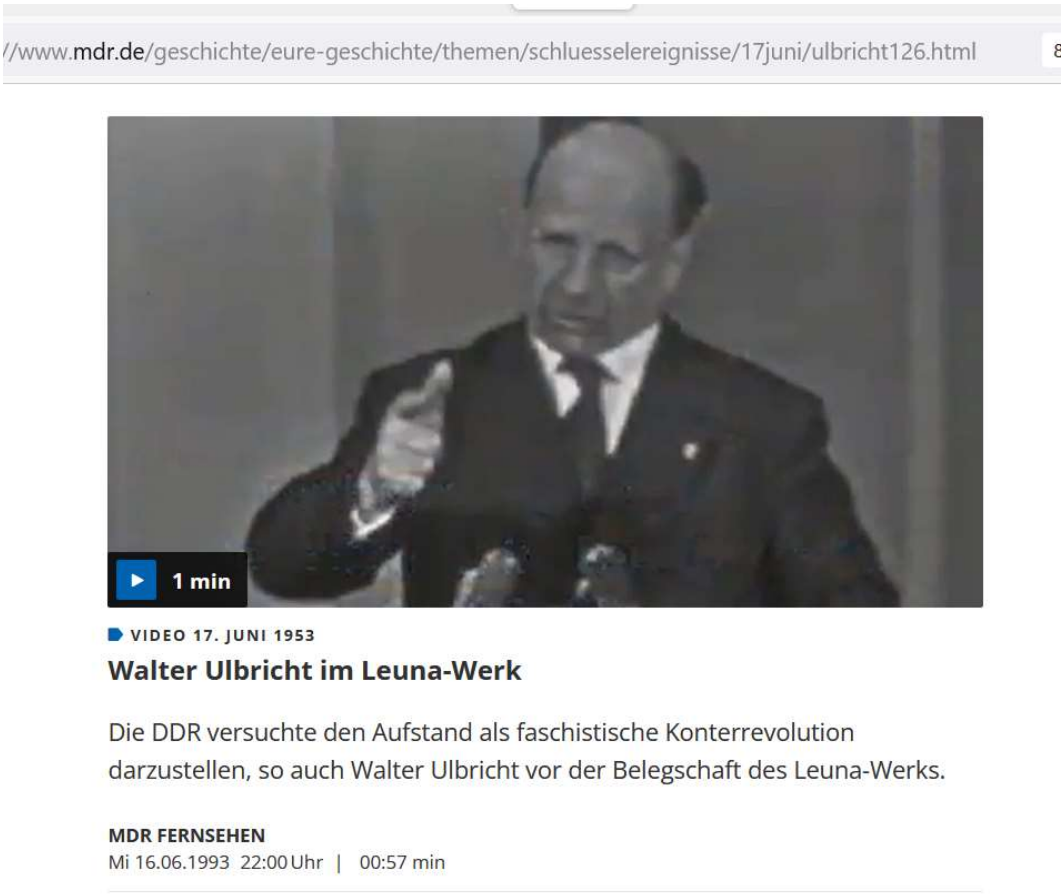
1. **Fasse den Bericht zusammen.**
2. **Überprüfe im Rückgriff auf die Zeitungsartikel von Material 1, welche Pressequelle mit dem Bericht des Zeitzeugen stärker übereinstimmt.** *„*
3. *„Der RIAS hat das an dem Tag nicht ausgeschlachtet und das hat mich eigentlich gewundert."* **Untersuche den Hintergrund für diese Aussage! Beachte besonders die Situation des „Kalten Krieges".**

[4] Stalinallee Ostberlin: Prestige-Bauprojekt der DDR zum sozialistischen Städtebau.
[5] Westberliner Rundfunk

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

3 Video mit einer Ansprache des SED-Parteivorsitzenden Walter Ulbricht kurz nach dem 17.6.1953

Die Sowjetunion forderte die DDR-Partei- und Staatsspitze auf, auf vielfältigen Veranstaltungen per „Aussprache“ die Ereignisse des 17. Juni umzudeuten bzw. „einzuordnen“. Der Auftritt von Ulbricht gehört in diesen Rahmen.



Historische Videoquelle: Walter Ulbricht redet vor Arbeitern der Leuna-Werke, siehe

https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/themen/schluesselereignisse/17juni/ulbricht126.html

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die „Tägliche Rundschau“ (DDR-Zeitung) berichtete hierzu:

Walter Ulbricht im Leunawerk Merseburg (ADN). Eine mehrstündige freimütige Aussprache führte am Mittwoch der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, mit etwa 1300 Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz der Leunawerke, die seinen Namen tragen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, Techniker und Ingenieure, die in der offenen Diskussion das Wort nahmen, distanzierten sich einmütig von den Urhebern der provokatorischen Ausschreitungen des 17. Juni und brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, an der Seite der Regierung und in gegenseitigem Vertrauen den neuen Weg des Kampfes um Frieden, Einheit und ein besseres Leben für alle Werktätigen konsequent zu beschreiten. Walter Ulbricht, der den Versammelten die Hintergründe des faschistischen Abenteuers darlegte, betonte, daß die Ereignisse in Berlin und einigen Teilen der Republik der deutschen Arbeiterklasse erneut klar vor Augen geführt haben, wer ihre Feinde sind. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten hob hervor, daß es nunmehr nach dem Zusammenbruch der vom Westen her gesteuerten Provokation darauf ankommt, die noch verbliebenen Agenten unschädlich zu machen und in engem Kontakt zwischen der Partei der Arbeiterklasse, den anderen demokratischen Parteien, der Regierung und dem gesamten Volk unbeirrt an die Verwirklichung des neuen Kurses zu gehen, der der schnellen Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen und der Einheit Deutschlands dient. Die 1300 Leuna-Werktätigen nahmen eine Entschließung an, in der sie die offene Aussprache zwischen Regierungsmitgliedern und Werktätigen begrüßen und der Erwartung Ausdruck geben, daß die Werkleitung, die BGL, die SED-Kreisleitung und die Massenorganisationen des größten Produktionsbetriebes der Republik alle Kritiken und Vorschläge der Belegschaft künftig streng beachten. Aus www.17Juni53.de 5.1.2023	Der Gesamttext der ostdeutschen „Täglichen Rundschau“ vom 26.6.1953 bringt noch weitere Berichte zur Aufarbeitung des 17. Juni durch Partei- und Staatsführung.

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

www.17juni53.de/chronik/530624/bild_1.html

"Offene Aussprache zwischen Werktätigen und Partei", TR. 26.6.1953

Offene Aussprache zwischen Werktätigen und Partei

Leipzig (Eig. Ber.). Vor mehreren tausend Böhlener Kumpeln des Kombinats „Otto Grotewohl" sprach am Mittwoch der Vorsitzende des ZK der SED und Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, über den neuen Kurs von Partei und

„Eine Regierung, die so aufrichtig und klar mit uns spricht, hat unser Vertrauen. Gemeinsam werden wir die Zukunft meistern."

Walter Ulbricht im Leunawerk

Fred Oelßner, daß diese Elemente nur deshalb überhaupt Fuß fassen konnten, weil die Arbeiter das Gefühl hatten: zu uns spricht niemand, auf uns hört niemand. Aber die Partei und die Regierung kennen die Sorgen der Arbeiter, obwohl diese Sorgen eine Zeitlang von ihnen nicht ge-

1. **Hört Euch die Ansprache von Walter Ulbricht an. Vergleicht den Inhalt nachfolgend mit dem Zeitungsausschnitt „Walter Ulbricht im Leunawerk".**
2. **Benennt die wesentlichen Aussagen von Ulbricht.**
3. **Überprüft die Stichhaltigkeit der Argumente von Ulbricht.**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

4 Eine persönliche Reaktion per Gedicht:

Der in der DDR sehr bekannte Autor und Kulturfunktionär Bertolt Brecht schrieb als Reaktion auf den 17.6.1953:

"Wäre es da
nicht doch einfacher, die Regierung
löste das Volk auf und
wählte ein anderes?"

(Die Lösung, 1953)

Bertolt Brecht (1898-1956) war als berühmter linker Schriftsteller und Theatermacher vor den Nazis geflohen und nach Exilstationen seit 1949 in der DDR tätig. Als gefeierter Nationalpreisträger konnte er hier mit viel Unterstützung und diversen Ämtern wirken. Eine gewisse Distanzierung vom Regime trat erst nach dem 17.6.1953 ein, er blieb allerdings bis zu seinem Tod in der DDR.

Brecht 1951, Foto aus https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/bertolt-brecht-1951.html 4.1.2023

1. **Benennt die Kernaussage des Brecht-Textes.**
2. **Diskutiert die Frage, warum Brecht auch nach dem 17. Juni 53 in der DDR blieb.**

Abschließende Erweiterungsaufgabe für die Oberstufe:

1. **Erstellen Sie eine Mindmap zu Motiven und Verlauf des 17. Juni 1953.**
2. **Schreiben Sie nachfolgend ein Essay, ob dieser als „Aufstand" titulierte Tag mit dem Tag des „Hambacher Festes" 1832 oder der „Paulskirchenrevolution 1848" vergleichbar ist.**

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Anlauf V: Der 9.11.1989

Aus dem ZDF-Skript:

9. November 1989: Am 9. November 1989 geschieht das Unglaubliche. Mit dem Mauerfall findet die friedliche Revolution in Ostdeutschland ihren glücklichen Höhepunkt. Die DDR-Bürger stoßen das Tor zur Wiedervereinigung auf. Heißt es zunächst "Wir sind das Volk", folgt schon bald darauf der Ruf "Wir sind ein Volk". Am 3. Oktober 1990 vollenden die Deutschen ihre staatliche Einheit, die faktische Freigabe durch die sowjetische Vormacht aber vor allem die Bürger in der DDR haben möglich gemacht, was Monate vorher noch undenkbar schien: die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, friedlich und in Freiheit. Doch die Hürden der inneren Vereinigung werden die Demokratie auf die Probe stellen, die Gesellschaft sich in Gewinner und Verlierer der Einheit spalten, der demokratische Grundkonsens immer wieder aus verschiedenen Richtungen angefochten. Was es bedeutet, eine Demokratie aufzubauen, sie mit Leben zu füllen, ihre Akzeptanz zu sichern, sind Fragen, die auch in der Gegenwart vor große Herausforderungen stellen.

Historischer Kontext:

Die Kurzversion ist schnell benannt - 1989 „fiel“ die Mauer. Seit 1990 wiederum ist Deutschland ein geeintes Land, welches nicht mehr in die westliche Bundesrepublik und die östliche Deutsche Demokratische Republik geteilt ist.
Die hierdurch eingetretene Epochenwende war für damalige Zeitgenossen aber weniger schnell fassbar. Noch Monate vorher hätte wohl kaum jemand sich vorstellen können, dass der „Eiserne Vorhang“ so schnell Geschichte sein konnte.
Bevor es zum geeinten Deutschland kam, musste also viel passiert sein. Die DDR-Führung hatte 1985-1989 den von Gorbatschow angestoßenen Reformkurs („Glasnost“, „Persestroika“) ausgesessen und den „Großen Bruder“ diesmal nicht imitiert. Wirtschaftlich war der Staat ausgeblutet und von Westdevisen und –krediten abhängig geworden, die „Mangelwirtschaft“ belastete den Alltag der Menschen. Von inneren Reformen war man – siehe die Folgen von 1953 – weit entfernt, die eine Art „Ältestenriege“ bildende Staats- und Parteiführung (Zentralkomitee der SED, geleitet von Erich Honecker) fürchtete jegliche Form von Veränderung. In den 70er- und 80er-Jahren war aber mittlerweile eine Oppositions- und Dissidentenbewegung angewachsen, die sich nicht mehr durch vereinzelte Festnahmen, zahlreiche Observierungen oder Einschüchterungen wegdrücken ließ. Nachdem im Sommer 1989 Zehntausende DDR-Bürger die Flucht über andere Ostblockländer (Ungarn hatte als erstes Land des Warschauer Paktes den Grenzzaun durchschnitten) versuchten, erfolgte schrittweise der Kollaps der DDR. Der Westen schaute zunächst staunend zu, noch fürchtete man außenpolitische Folgen und eine nicht mehr beherrschbare Kriegsgefahr. Erst ab November 1989 schalteten die Bundesregierung und (oft zögernd) ihre Verbündeten dann um!

Die Schritte bis zum Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung sahen dann wie folgt aus:

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Das Jahr der "Friedlichen Revolution" war 1989:

7.Mai 1989: Die **Kommunalwahlen in der DDR** führen zu massiven Protesten von Bürgerrechtlern, die durch eigene Befragungen vor einigen Wahllokalen nachweisen, dass die gemeldeten Ergebnisse der Wahl (fast 100% für Kandidaten der kommunistischen Einheitsliste "Nationale Front") gefälscht sind.
27. Juni 1989: **Ungarn öffnet den "Eisernen Vorhang",** viele DDR-Bürger vollziehen auf dem Weg über Ungarn (oder über andere Kanäle) die Flucht bzw. Ausreise aus ihrem Staat.
7. Oktober 1989: Feierlichkeiten zum **40. Jahrestag der DDR**, es gibt aber zahlreiche Proteste. Am **9.10.1989 demonstrieren in Leipzig ca. 70000 Bürger** und fordern u.a. Reise- und Meinungsfreiheit.
18. Oktober 1989: Staats- und Parteichef **Erich Honecker** wird vom eigenen SED-Politbüro zum **Rücktritt** gezwungen. Nachfolger Egon Krenz kann den Unwillen der Bevölkerung nicht bändigen.
9. November 1989: Sogenannter **"Fall" der Berliner Mauer**, eine von der SED (ZK-Mitglied Schabowski) fehlerhaft per Fernsehen übermittelte neue Reiseregelung sorgt für einen Ansturm auf die Grenzübergänge in Ostberlin, der zur Öffnung der Grenze führt. Bis Ende des Jahres wird die Macht der SED erodieren, die Losung „Wir sind ein Volk“ wird immer deutlicher, „Runde Tische“ diskutieren weitere Schritte.

Das Jahr der Wiedervereinigung wurde 1990:

Jahresanfang: Die DDR-Regierung sagt freie Wahlen zu, es gibt eine breite Diskussion über den Weg zur Wiedervereinigung, die Bildung bzw. **Neugründung von Parteien,** die SED wird als PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) eine von vielen Parteien.
18. März 1990: Volkskammerwahl, stärkste Kraft wird die „Allianz für Deutschland“. Ministerpräsident wird Lothar de Maizière (CDU).
18. Mai 1990: Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet (tritt am 1.7. in Kraft), der 1:1-Kurs wird (weitgehend) durchgesetzt.
Sommer 1990: Deutschland (noch ohne ostdeutsche Spieler) wird Fußball-**Weltmeister**.
23. August 1990: Die Volkskammer beschließt den „**Beitritt** zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“.
12. September 1990: Der **„Zwei-plus-vier-Vertrag“** ermöglicht Aussetzung der alliierten Hoheitsrechte (Besatzungsrechte) und Weg zur vollen Souveränität.
3. Oktober 1990: Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, Bundeskanzler Helmut Kohl strebt schnelle gesamtdeutsche Bundestagswahl an.
14. Oktober 1990: Bei fünf **Landtagswahlen** im Gebiet der ehemaligen DDR wird die CDU überall (Ausnahme: Brandenburg) stärkste Partei.
2. Dezember 1990: Gesamtdeutsche **Bundestagswahl**, die CDU/CSU gewinnt mit fast 44% bundesweit die relative Mehrheit. Die PDS gewinnt in Ostdeutschland 11,1%, die Bündnis90-Grünen gewinnen im Osten 6%. Letztere vertreten aufgrund einer Sonderklausel die GRÜNEN im Bundestag, da deren Gesamtwert unter 5% liegt. Erster gesamtdeutscher Bundeskanzler bleibt Amtsinhaber Helmut Kohl (CDU).

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Links und Literaturtipps:

https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/index.html (4.1.2023), Portal mit vielen Materialien zur deutsch-deutschen Geschichte 1946 – 2020
https://www.dhm.de/lemo/ (4.1.2023) Sehr breit aufgestelltes Geschichtsportal, mit Zeitleisten und Orientierungsmaterial
https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start (5.1.2023) mit vielen Materialien zur DDR und deren Ende

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2015
Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 2004 4. Auflage
Richter, Hedwig: Die DDR, Paderborn 2009
Rödder, Andreas: Geschichte der Wiedervereinigung, München 2020 3. Auflage
Weber, Hermann: Geschichte der DDR, Arena-Verlag 2004 (Neuauflage, Erstauflage Berlin 1985)
Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1999
Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland, Berlin 2008
Wolff, Eva: Revolutionen in der Geschichte, Frankfurt a. M. 2021

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1 Opposition von unten – Video zu „Kirche in der DDR“ und Leipzig 1989

Die DDR ließ kirchliche Arbeit zu, wünschte und förderte diese aber nicht. Trotz abnehmender Gemeindezahlen entwickelten viele christliche Gemeinden eine intensive innere Arbeit, die eine Art Schutzraum gegenüber dem Staat bildete. „Bibelkreise“ wurden so auch manchmal zu allgemeinen Diskussionsrunden, die „Schwerter-zu-Pflugscharen“-Friedensarbeit der 80er Jahre stellte auch unbequeme Fragen nach dem Sinn der Aufrüstung im Ostblock. Die Beobachtung (und z.T. auch Infiltrierung) der Gemeinden durch die Stasi konnte die Ausdehnung dieser Arbeit vor 1989 nicht verhindern. - Der Pfarrer Christian Führer bildete in Leipzigs evangelischer Nikolaikirchengemeinde einen Fixpunkt für diesen widerständigen Teil der DDR-Gesellschaft. Die bald von „Montagsgebeten“ zu „Montagsdemonstrationen“ mutierenden dortigen Aktionen weiteten sich immer mehr aus, die Leipziger Großdemonstration des 9.10.1989 war auch mit seiner Gemeinde verbunden. Einige Historiker sehen diesen Termin als genauso wichtig wie den 9.11.1989 an.

https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/themen/opposition-widerstand/kirche/fuehrer100.html

Wer ist Christian Führer?

Christian Führer hat den 09. Oktober 1989 in Leipzig hautnah miterlebt.

1. **Schaut Euch das vierminütige Video unter** https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/themen/opposition-widerstand/kirche/fuehrer100.html **an, macht Euch hierbei gleich Notizen.**
2. **Klärt untereinander die Kerninhalte des Videos.**
3. **Informiert Euch über die Leipziger Großdemonstration und die Frage, warum diese Demonstration nicht in „chinesischen Verhältnissen“ (China hatte im Sommer 1989 eine ähnliche Großdemonstration blutig niedergeschlagen) endete.**
4. **Diskutiert, wie Christian Führer seine Arbeit und Rolle für 1989 und die Gegenwart definiert.**

Weitere Informationen siehe auch: ***https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/themen/opposition-widerstand/kirche/arbeitsauftrag170.html***

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

2 Die Stasi versucht, Opposition zu unterdrücken

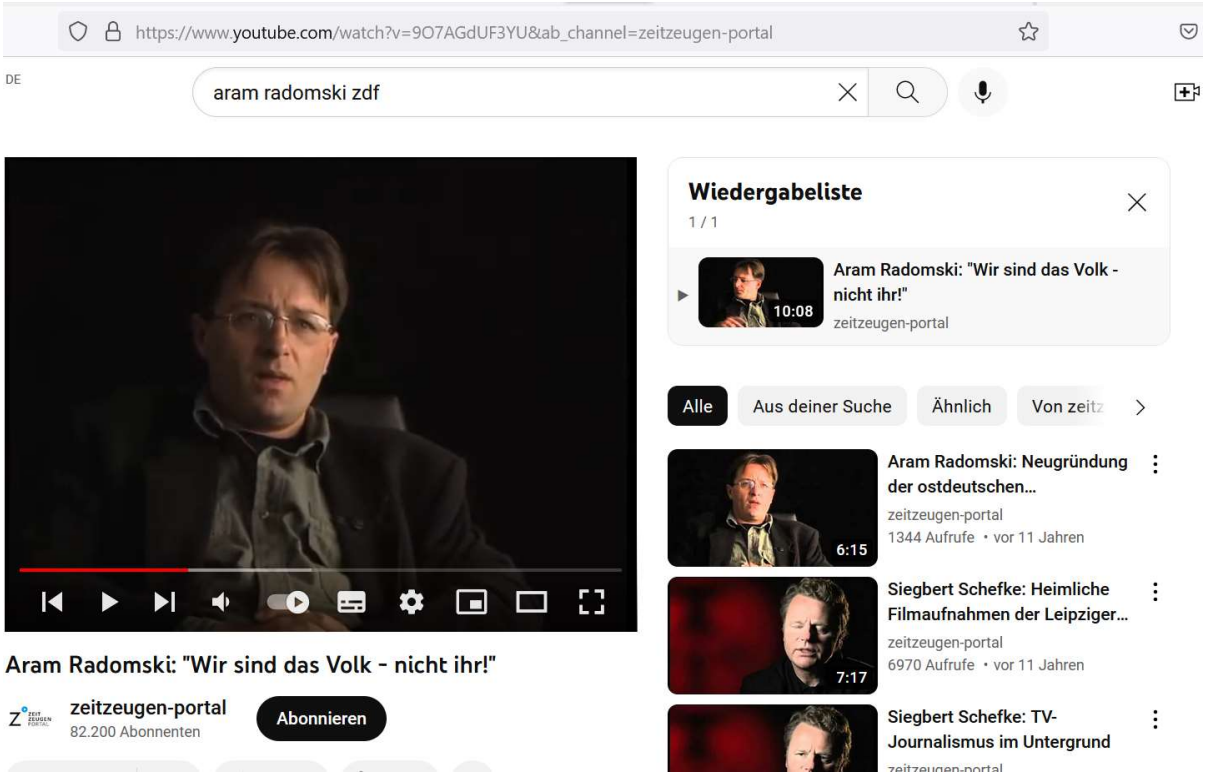
Eine Zeitzeugenquelle: Peter Romanowski war vor 1989 selbst Mitarbeiter der Staatssicherheit (Stasi).

1. **Schaut Euch das kurze Video bei https://www.mdr.de/geschichte/eure-geschichte/themen/opposition114.html an.**
2. **Klärt die angesprochenen „Veränderungen in der Sowjetunion“.**
3. **Besprecht Sinn und Folge der von Romanowski beschriebenen „Grundmethode“ der Stasi.**
4. **Recherchiert bei https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ weitere Originalquellen und Information der Stasiarbeit! Stellt Euch die Ergebnisse anhand von Beispielen vor.**
5. **Diskutiert abschließend die Frage, wie es Euch selbst in einem „Stasi-Staat“ gehen würde.**

Weitere Infos zu Peter Romanowski siehe **https://www.mz.de/mitteldeutschland/mfs-offizier-peter-romanowski-uber-die-wende-89-blick-zuruck-ohne-zorn-2020410**

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

3 Widerstand durch Dokumentation: Aram Radomski und der 9.10.1989 in Leipzig



1. **Schaut Euch das Video unter** https://www.youtube.com/watch?v=9O7AGdUF3YU&ab_channel=zeitzeugen-portal (5.1.2023) **an.**
2. **Informiert Euch über Aram Radomski bei** https://www.jugendopposition.de/zeitzeugen/145518/aram-radomski (5.1.2023).
3. **Diskutiert die Motive von Radomski – und ob Ihr selbst in einer „unfreien" und wie in der DDR überwachten Gesellschaft den Mut für seine Aktivitäten aufbringen würdet.**

Bitte immer bedenken, dass Zeitzeugen zwar authentisch sind, aber Ihre persönliche Sicht und Erinnerung vermitteln – diese muss nicht immer den Tatsachen entsprechen!

Weitere Zeitzeugen-Videos findet man bei https://zeitzeugen-portal.de/

Weitere Informationen zum 9.10.1989 s. z. B.
https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/297873/schluesselmoment-der-geschichte-der-9-oktober-1989-in-leipzig/

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

4 „Neues Forum“, Gründungsaufruf September 1989

Das „Neue Forum“ war ein Sammelbecken für DDR-Oppositionelle.

„In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein. Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit. In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. […]
Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander sprechen. […] Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt, daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.
Wir bilden deshalb eine politische Plattform FÜR DIE GANZE DDR, die es den Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählten wir den Namen NEUES FORUM […]. Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglied des NEUEN FORUM zu werden. Die Zeit ist reif.“

Zitiert nach: Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1999, S. 310f.

1. **Fassen Sie den Text zusammen.**
2. **Erläutern Sie mit Rückgriff auf „Fünf Anläufe“ die Intention des Neuen Forums.**
3. **Überprüfen Sie, ob diese Quelle die Frage von Freiheit und deutscher Einheit anspricht.**

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

5 Rede von SED-Generalsekretär Erich Honecker am 7.10.1989 im Palast der Republik, dem zentralen Ort für die 40-Jahr-Feiern der DDR

„Liebe Freunde und Genossen! Verehrte ausländische Gäste! Meine Damen und Herren des diplomatischen Korps!
Vor 40 Jahren wurde der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, die Deutsche Demokratische Republik, gegründet. Jeder, der das Glück hatte, an diesem historisch bedeutsamen Ereignis beteiligt zu sein, denkt nicht ohne Bewegung an die Tage zurück, in denen die Arbeiter und Bauern im Bunde mit der Intelligenz und allen Werktätigen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Macht errichteten. Im Westen, wo das Potsdamer Abkommen mit Füßen getreten wurde, war, ohne das Volk zu fragen, ein Separatstaat entstanden. Dort wurde die Restauration der alten Gesellschaft in Gang gesetzt, der Aufbau einer neuen Wehrmacht mit den alten Generälen für die NATO vorbereitet. Die Vergangenheit blieb unbewältigt. Heute ist klarer denn je: Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik […] war geradezu eine geschichtliche Notwendigkeit. […] Gerade zu einer Zeit, da einflussreiche Kräfte der BRD die Chance wittern, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung durch einen Coup zu beseitigen, bleibt ihnen nur erneut die Erfahrung, daß an diesen Realitäten nichts zu ändern ist, daß sich die DDR an der Westgrenze der sozialistischen Länder in Europa als Wellenbrecher gegen Neonazismus und Chauvinismus bewährt. An der festen Verankerung der DDR im Warschauer Pakt ist nicht zu rütteln. Wenn der Gegner derzeit in einem noch nie gekannten Ausmaß seine Verleumdungen gegen die DDR richtet, dann ist das kein Zufall. In 40 Jahren DDR summiert sich zugleich die vierzigjährige Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus. Der Sozialismus auf deutschem Boden ist ihm so unerträglich, weil die vordem ausgebeuteten Massen hier den Beweis erbringen, daß sie fähig sind, ihre Geschicke ohne Kapitalisten selbst zu bestimmen. […] Im scharfen Kontrast zu unserer Politik stehen revanchistische Forderungen von Politikern der BRD, die weltweit auf Sorge und Protest stoßen. Da ist die Rede vom “Fortbestand” des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937”. Die Nachkriegsordnung wird in Frage gestellt, die These von der angeblich offenen deutschen Frage lauter vorgebracht als früher. […] Die zügellose Verleumdungskampagne, die derzeit, international koordiniert, gegen die DDR geführt wird, zielt darauf ab, Menschen zu verwirren und Zweifel in die Kraft und die Vorzüge des Sozialismus zu säen. Dies kann uns nur darin bestärken, auch in Zukunft alles zu tun für ein friedliches europäisches Haus. Das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Staaten verschiedener sozialer Ordnung in einem solchen Haus sollen sich gut entfalten. Dafür besteht in der Schlussakte von Helsinki sowie den anderen KSZE-Dokumenten eine solide Grundlage. […] Auch im fünften Jahrzehnt wird der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden durch sein Handeln zum Wohle des Volkes, durch seinen Beitrag zum Frieden, Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit ständig neu beweisen, daß seine Gründung im Oktober 1949 ein Wendepunkt war – in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas. Es lebe der 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik!“

Auszüge zitiert nach: Neues Deutschland, Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9.10.1989, Seite 3f

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1. **Benennen Sie die wesentlichen Aussagen von Honecker.**
2. **Vergleichen Sie das von ihm entworfene Bild zur DDR mit der Wirklichkeit des Jahres 1989!**
3. **Überprüfen Sie mit Rückgriff auf „Fünf Anläufe“ und auch die Materialien zu Kapitel IV (bzw. zum 17.6.1953), ob die DDR seit 1953 wirkliche Reformen in Richtung Meinungsfreiheit umsetzte.**

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

6 Pressestimmen zum 9.11.1989:

Die westdeutsche FAZ berichtet am 11.11.1989

„Die elementare Kraft des Volkes hat die Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November ins Wanken gebracht. Zehntausende von Ost-Berlinern strömten zu Fuß oder im eigenen Auto über die Sektorenübergänge in Berlin nach West-Berlin. […] Jubelnd begrüßten West-Berliner an den Kontrollpunkten ihre Mitbürger aus dem anderen Teil der Stadt. […] Einander Unbekannte lagen sich in den Armen, Tränen in den Augen. Die Ost-Berliner Grenzsoldaten […] kapitulierten bald vor dem Ansturm, öffneten alle Tore und ließen die Menschen ungehindert passieren. Selbst durch das Brandenburger Tor – wo es keinen Übergang gibt – kamen die Menschen aus Ost-Berlin. Sie überkletterten einfach die Mauer, die hier niedriger ist. […] An den Übergängen nahmen viele West-Berliner die Gelegenheit wahr, ungehindert nach Ost-Berlin zu spazieren. Auf den Straßen – vor allem auf dem Kurfürstendamm, der morgens um drei schwarz von Menschen war – und in den Lokalen im Westteil der Stadt fand in der Nacht eine massenweise Wiedervereinigung der Berliner statt.
Das Bonner Innenministerium teilte am Mittag mit, daß in der Nacht zum Freitag nach der Öffnung der Grenzen etwa 12.000 Menschen aus der DDR die Gelegenheit zu einem kurzen Besuch im Westen genutzt hätten. Nach Schätzungen in Bonn sind 90 Prozent von ihnen in die DDR zurückgekehrt. […]
Am Freitagnachmittag kam der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt in die Stadt, in der er am 13. August 1961 Regierender Bürgermeister war. Die Ereignisse der Nacht hätten bestätigt, “daß die widernatürliche Trennung Deutschlands keinen Bestand hat”, sagte Brandt. “Wir sind jetzt in der Situation, wo zusammenwächst, was zusammengehört.” […] Danach fand am späten Freitagnachmittag eine Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus statt, auf der neben Brandt der aus Warschau ebenfalls nach Berlin geeilte Bundeskanzler Kohl, der Bundesaußenminister Genscher, der Regierende Bürgermeister Momper und Parlamentspräsident Wohlrabe sprechen sollten. Für den Abend hat die Berliner CDU zu einer Freiheitskundgebung vor der Gedächtniskirche aufgerufen, auf der der Bundeskanzler sprechen soll.
Im Laufe des Freitags ist der Zustrom von Ost-Berlinern nach West-Berlin nicht abgebbt. […] Am Freitagmorgen trafen sich an den Sektorenübergängen die Rückkehrer, die die Nacht in West-Berlin verbracht und zumeist gefeiert hatten und nun wieder in Ost-Berlin zur Arbeit gehen wollten, mit jenen, die von der Nachtschicht in Ost-Berlin kamen oder erst am frühen Morgen zum Teil in Familie und mit kleinen Kindern aufgebrochen waren.“

Auszüge zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 263, 11.11.1989, S. 1.

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Die DDR-Zeitung „Neues Deutschland“ (ND; Ostberlin) berichtet am 11.11.1989:

Rund 55.500 DDR-Bürger sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums bis zum Freitagabend in die BRD eingereist. Davon hätten sich 3250 als Übersiedler registrieren lassen. Die Öffnung der DDR-Grenze habe einen “unbeschreiblichen

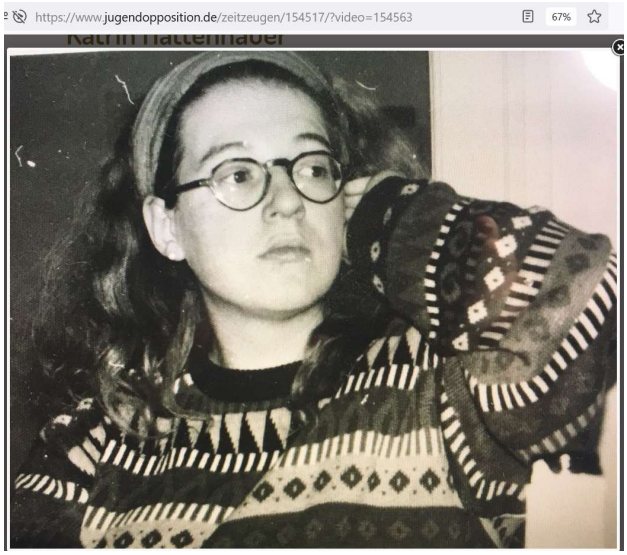
Ansturm” ausgelöst, schrieb die Nachrichtenagentur dpa. Am bayerischen Grenzübergang Rudolphstein wurden bis 18 Uhr 7758 Besucher und 623 Übersiedler gezählt. Unterdessen wachse die Zahl der Rückkehrer: Am Donnerstag seien von den Behörden 400 Menschen registriert worden, die seit dem Wochenende über die ČSSR nach Bayern gekommen waren. Ihre Gesamtzahl belaufe sich seit Sonntag auf 1300. Nach Angaben des Grenzschutzkommandos Süd in München sind nach Bayern bis Freitag 20 Uhr insgesamt knapp 20.000 Menschen gekommen. Lediglich 749 von ihnen hätten sich als Übersiedler registrieren lassen. Auch in Niedersachsen sprachen die Behörden von 20.000 DDR-Bürgern, die die Schlagbäume passierten. Bei der Wiedereinreise in die DDR habe sich der Fahrzeugverkehr an einigen Grenzübergängen kilometerweise gestaut. […] Am Vormittag war mitgeteilt worden, daß aus der ČSSR innerhalb von 24 Stunden bis zum Freitag früh 7000 Übersiedler in die BRD gekommen waren, 4000 weniger als am Vortag.

Auszüge zitiert nach: Neues Deutschland (ND) Nr. 266, 11./12.11.1989, S. 4.

1. **Informieren Sie sich zur politischen Grundrichtung von FAZ und ND.**
2. **Benennen und vergleichen Sie die wesentlichen Fakten beider Zeitungsausschnitte.**
3. **Klären Sie mit Ihrem Vorwissen zu den Ereignissen nach dem 9.11.1989, welcher der Zeitungsartikel der späteren Entwicklung näherkommt.**

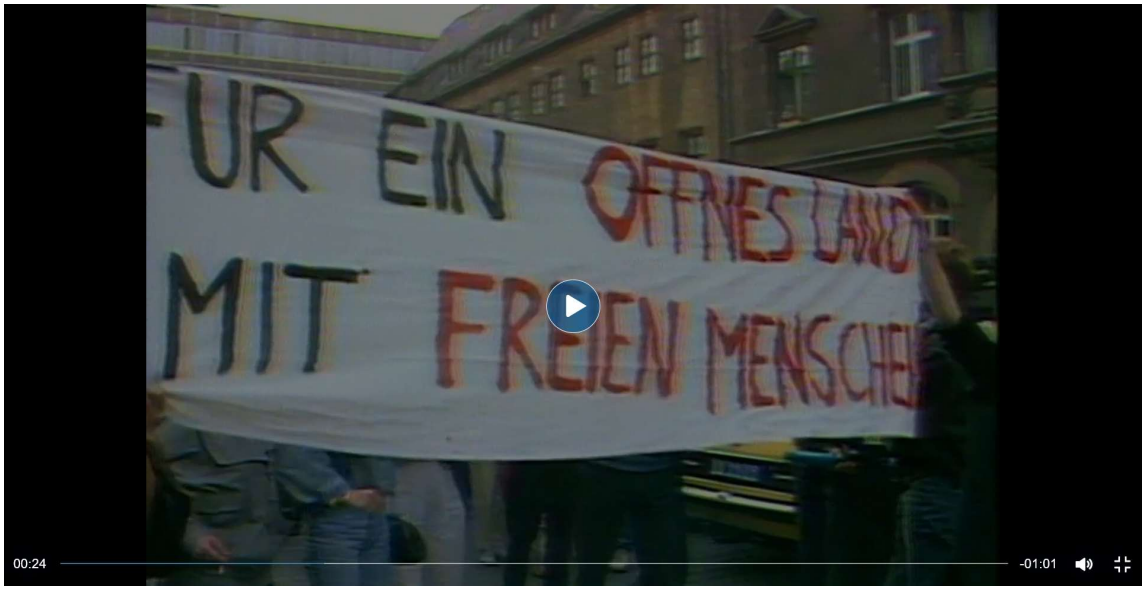
terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

7 Ein Beispiel für Jugendopposition: Katrin Hattenhauer



Katrin Hattenhauer, geboren 1968, im Jahr 1989

Aus: https://www.jugendopposition.de/zeitzeugen/154517/katrin-hattenhauer (10.2.2023)



Screenshot aus einem Filmausschnitt der „Tagesschau" zu Leipziger Ereignissen bei der Nikolaikirche am 4.9.1989. Katrin Hattenhauer ist die junge Frau mit Brille, die an einer Seite das Protestbanner *„Für ein offnes[6] Land…"*, welches ihr dann von Stasimitarbeitern entwunden wird.

[6] Korrekte Rechtschreibung: „…offenes Land"

terra-x.zdf.de 2023 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

1. **Schaut Euch das kurze „Tagesschau"-Video an und informiert Euch mit Hilfe der weiteren Links über das Leben von Katrin Hattenhauer und ihre Aktivitäten bis zum „Mauerfall":**

https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-30913~_parentId-mauerfallvideos-101.html%EF%BB%BF

https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/katrin-hattenhauer

https://www.demokratiegeschichten.de/jede-gesellschaft-braucht-stoerenfriede-katrin-hattenhauer/

https://archive.org/details/2016-03_Katrin-Hattenhauer_Arbeitskreis-Gerechtigkeit (Alle Aufrufe vom 10.2.2023)

2. **Vergleicht ihre Situation in der DDR mit derjenigen junger Menschen von heute in Schule und Ausbildung bzw. Studium.**
3. **Diskutiert ausgehend von Euren Recherchen zu Frage 1 und den beiden untenstehenden Zitaten, was wir von Katrin Hattenhauer lernen oder in ähnlicher Situation anders machen könnten.**

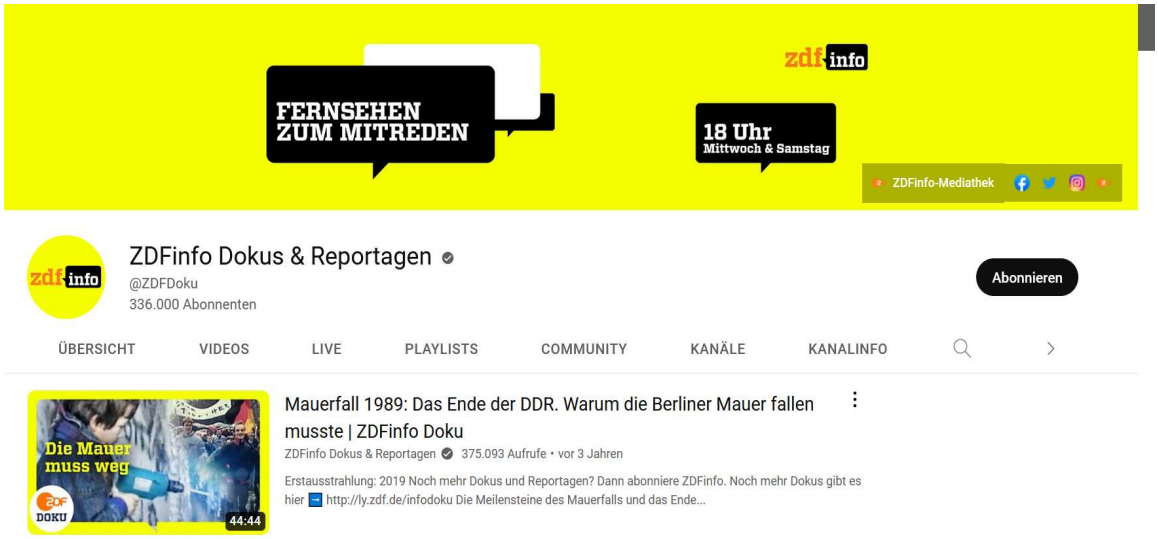
Zitat 1: *„… ich habe es für etwas getan, für dieses freie Land, für diese Demokratie, in der wir jetzt leben können, wo jeder sich beteiligen kann." (im Deutschlandfunk, 1.9.2014)*

Zitat 2: „Ich finde, diese Revolution zeigt für jeden, der heute so alt ist wie wir damals waren, wie ich damals war, zu sagen, wenn du etwas träumst, wenn du etwas machen willst, wenn du dich beteiligen willst mit bürgerschaftlichem Engagement, dann tu es, denn diese Geschichte zeigt, dass es machbar ist, dass du es machen kannst." (*2009 zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution am Brandenburger Tor)*

Beide Zitate aus: https://www.demokratiegeschichten.de/jede-gesellschaft-braucht-stoerenfriede-katrin-hattenhauer/ (10.2.2023)

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

8 Sek.II-Zusatzmaterial: ZDF-Doku zum Mauerfall



https://www.youtube.com/watch?v=GvMc8Xdb0QM&ab_channel=ZDFinfoDokus%26Reportagen

1. **Schauen Sie sich die Doku „Mauerfall“ an.**
2. **Entscheiden Sie sich für eine der Aufgaben A – C:**
   A) Erstellen Sie mit Hilfe von „Fünf Anläufe“ und der ZDF-Doku „Mauerfall“ eine Mindmap, Powerpointvorlage oder einen eigenen Videoclip zum Thema 9.11.1989.
   B) Schreiben Sie einen Beitrag zum Thema: Der 9. November als „Schicksalstag“ der Deutschen. (Bitte hierbei nicht nur auf 1989 eingehen!)
   C) Für Spezialisten: Schreiben Sie einen Artikel zu folgendem Thema: **„Was verbindet oder trennt die mit den Daten 1848, 1918/19, 1948/49, 17.6.1953 und 9.11.1989 verbundenen Ereignisse?“**

Fünf Anläufe zur Freiheit / ZDF & VGD 2023

Autoren: Dr. Ralph Erbar/Niko Lamprecht

(AG Medien des VGD e.V., Leitung Dr. Erbar/Lamprecht, weiteres Mitglied Dr. Helge Schröder)

 © ZDF/Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.